

Konzerngeschäftsbericht 2016



Konzernabschluss 2016 und Konzernlagebericht

Konzernlagebericht	
Grundlagen des Konzerns	6
Wirtschaftsbericht	7
Personal- und Sozialbericht	19
Risikobericht	19
Prognosen- und Chancenbericht	28
<hr/>	
Konzernabschluss	
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016	32
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	48
<hr/>	
Konzernanhang	
Grundsätze	37
Erläuterungen zur Konzernbilanz	42
Erläuterungen zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung	48
Sonstige Angaben	50
<hr/>	
Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	52
<hr/>	
Konzern-Eigenkapitalpiegel zum 31. Dezember 2016	53
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	54
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrates	55
<hr/>	

Auf einen Blick

		2016	Veränderung	2015	2014
Versicherte	Personen	48.543	-427	48.970	47.540
> Anwärter	Personen	28.924	-848	29.772	28.369
> Rentner	Personen	19.619	421	19.198	19.171
Bilanzsumme	Mio. EUR	1.955,3	-2,6 %	2.007,2	2.072,7
Kapitalanlagen	Mio. EUR	1.925,5	-2,8 %	1.980,4	2.037,4
Deckungsrückstellung	Mio. EUR	1.749,7	0,6 %	1.738,7	1.767,9
Beitragseinnahmen	Mio. EUR	44,8	-46,6 %	83,9	49,7
> davon laufende Beiträge	Mio. EUR	31,6	6,4 %	29,7	30,9
> Einmalbeiträge	Mio. EUR	13,2	-75,6 %	54,2	18,8
Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. EUR	57,8	-22,2 %	74,3	73,8
> davon laufende Erträge	Mio. EUR	56,6	-9,6 %	62,6	72,7
> a. o. Erträge	Mio. EUR	1,2	-89,7 %	11,7	1,1
Versicherungsleistungen	Mio. EUR	53,1	1,3 %	52,4	149,8
> davon Rentenleistungen	Mio. EUR	47,8	-0,6 %	48,1	72,9

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Wirtschaftsbericht

Personal- und Sozialbericht

Risikobericht

Prognosen- und Chancenbericht

Grundlagen des Konzerns

Muttergesellschaft des VERKA-Konzerns ist der VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG (VERKA VK) mit Sitz in Berlin. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2016 legt der VERKA VK einen konsolidierten Abschluss vor, in den die hundertprozentige Tochtergesellschaft, die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG (VERKA PK), einbezogen wurde.

Der VERKA VK hält 100 % der Anteile an der VERKA PK und ist damit alleiniger Aktionär.

Die Muttergesellschaft, VERKA VK, betreibt als deregulierte Pensionskasse Rentenversicherung im Wege der Rückdeckungsversicherung und ist im Raum der evangelischen Kirche tätig. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 7. Juni 2015 die Erlaubnis zum Betrieb der Sparte Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen erteilt. Die Bestände werden jeweils in besonderen Abrechnungsverbänden geführt.

Besondere Abrechnungsverbände bestehen für die

- > Zusatzversorgungskasse der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers,
- > Evangelische Kirche der Pfalz,
- > Evangelisch-reformierte Kirche,
- > Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen,
- > Evangelisch-reformierte Kirche in Bayern,
- > Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck,
- > Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,
- > Evangelisch-methodistische Kirche,
- > Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Die Tochtergesellschaft, VERKA PK, betreibt als deregulierte Pensionskasse die Renten- und Sterbegeldversicherung im Wege der Direkt- und Rückdeckungsversicherung und ist vornehmlich im Raum der evangelischen Kirche, der Diakonie und freien Wohlfahrtspflege tätig.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2016 wird aus Sicht der Kapitalmärkte nach den turbulenten Jahren seit der Finanzmarktkrise als ein eher unspektakuläres, ja geradezu „anormal normales“ Jahr in die Finanzgeschichte eingehen. Die westliche Welt erlebt seit nunmehr sieben Jahren einen Aufschwung ohne Überschwang. Es zeigen sich keine größeren Übertreibungen, die nächste Rezession ist nicht in Sicht. Die Wirtschaft wächst insgesamt unspektakulär und spannungsarm.

Aus politischer Sicht gesehen war das Jahr 2016 ein sehr ereignisreiches Jahr mit vielen Überraschungen. An dessen Beginn sorgte China zunächst für Unsicherheit, im Sommer stimmten die Briten für ihren Abschied aus der Europäischen Union (EU) und im November wurde Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt. Sowohl den BREXIT als auch die Wahl eines Populisten zum US-Präsidenten hatten viele Menschen zuvor für unmöglich gehalten und wurden insofern von diesen Ereignissen mehr als überrascht. Spätestens mit der Wahl von Donald Trump droht der Konjunktur jedoch die Rückkehr zum normalen auf und ab. Viele Experten befürchten, dass die Kombination aus dem angekündigten umfangreichen Fiskalprogramm und den geplanten Steuererleichterungen den ohnehin stabilen Aufschwung in den USA in den kommenden zwei bis drei Jahren in einen echten Boom übergehen lassen könnten. Donald Trump lädt damit auf Kosten zukünftiger Steuerzahler sozusagen zur Party ein, wohlwissend, dass die USA diesen künstlichen Fiskalstimulus gar nicht brauchen. Insofern birgt der künstlich angeheizte Aufschwung bereits heute den Keim einer späteren Bereinigungskrise in sich, der sich auch Europa langfristig nicht entziehen werden kann.

Die deutsche Wirtschaft befand sich zum Ende des Jahres 2016 in guter Verfassung und konnte an den positiven Wachstumstrend der vergangenen drei Jahre anknüpfen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg in 2016 um 1,9 % und ist damit stärker gestiegen als das Produktionspotential, das sich um 1,3 % erhöht hat. Das Wirtschaftswachstum wird von einer starken Binnennachfrage getragen. Die gute Konsumentenstimmung spiegelt dabei die positive Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Im Herbst 2016 gab es mit 43,7 Mio. Personen so viele Erwerbstätige wie niemals in Deutschland zuvor. Der Anteil Erwerbsloser an allen zivilen Erwerbspersonen notierte gleichzeitig bei 4,1 %, womit Deutschland die zweitniedrigste Erwerbslosenquote aller Länder in der EU vorweist. Als Wermutstropfen ist allerdings in diesem Kontext nicht zu übersehen, dass die Anzahl der sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse weiter ansteigt und vor diesem Hintergrund im Bundestagsvorwahlkampf bereits Korrekturen an der Agenda 2010 der Schröder-Regierung gefordert werden.

Die Verbraucherpreise gingen im Jahresverlauf zum zweiten Mal seit Anfang 2015 zurück. Der Verbraucherpreisindex (VPI) lag 0,1 % unter dem Vorjahresniveau. Hierbei wirkte sich insbesondere die Energiepreisentwicklung seit Mitte 2014 dämpfend auf die Gesamtteuerung aus. Im April 2016 hatten sich die Energiepreise binnen Jahresfrist um 8,5 % deutlich verringert, die Preise von Mineralölprodukten sogar um 16,3 %. Allerdings drehte sich dieses Bild dann im weiteren Verlauf des Jahres, wodurch die Teuerungsrate im November mit 0,8 % im VPI den höchsten Stand seit Jahren erreichte. Im Dezember ist die Verbraucherpreis-inflation dann sprunghaft auf 1,7 % in Deutschland angestiegen.

Damit liegt die Inflationsrate wieder nahe an der von der Europäischen Zentralbank ausgegebenen Zielmenge von „unter, aber nahe 2 %“, bei der von Preisstabilität ausgegangen wird. Dennoch bleibt die Europäische Zentralbank (EZB) aber bei ihrer Politik des billigen Geldes und flutet die Märkte weiterhin mit Liquidität. Damit will sie – trotz aller Kritik vor allem auch aus Deutschland – die unsichere wirtschaftliche Lage vor allem in den Peripherieländern und die aus ihrer Sicht nach wie vor vorherrschende Stagnation in der Preisentwicklung in Europa nachhaltig bekämpfen. Die Folgen dieser Politik sind die auch in 2016 weiter gesunkenen Kapitalmarktzinsen, die inzwischen vielfach bereits in einen früher niemals vorstellbaren negativen Bereich abgerutscht sind und nicht nur bei Staatsanleihen guter Bonität nun zum Alltag der Kapitalanleger und Sparer gehören.

Die Kehrseiten dieser stoischen Politik der EZB sind nicht nur eine weiter steigende Staatsverschuldung insbesondere in den bereits hoch verschuldeten Ländern der Peripherie in Europa, sondern aufgrund der aktuell bereits negativen Realverzinsung auch die Vernichtung von Sparkapital, das vielfach langfristig der Altersvorsorge dienen sollte. Dies wird von Kritikern, Sparern und der gesamten Branche der Lebensversicherer und Pensionskassen einmütig und vollkommen berechtigt auch als schleichende Enteignung von mühsam angespartem Vermögen für das Alter gewertet.

Branchenentwicklung

Trotz oder vielleicht auch gerade wegen dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass der Vorsorgegedanke in der deutschen Bevölkerung nahezu ungebrochen erscheint. Die Sparquote ist weiter leicht auf nunmehr 9,8 % gestiegen. Das oftmals bereits für „tot“ erklärte Modell der klassischen Lebensversicherung erweist sich dabei widerstandsfähiger als gedacht. So verringerte sich zwar sowohl die Stückzahl der Lebensversicherungsverträge bei den Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in 2016 leicht um 1,9 % auf insgesamt 85,01 Mio. Verträge als auch die gesamten Beitragseinnahmen um 1,8 % auf 88,64 Mrd. EUR, die Versicherungssumme stieg jedoch weiter um 2,5 % auf 3.011,34 Mrd. EUR an (Quelle: GDV). Viele Sparer sind zu der Überzeugung gelangt, dass in Zeiten der Vermögensvernichtung im Zweifel umso mehr gespart werden müsse, um das gesteckte Versorgungsziel zu erreichen.

Im Pensionskassenbereich berichteten die Mitgliedsunternehmen für das Geschäftsjahr 2016 einen leicht rückläufigen laufenden Beitrag im Bereich der Hauptversicherungen von 2,52 Mrd. EUR (-2,5 %). Auch der Bestand entwickelte sich hier mit einem Rückgang um 0,4 % auf insgesamt 3,74 Mio. Stück und einer versicherten Summe in Höhe von 67,2 Mrd. EUR (-0,6 %) leicht negativ (Quelle: GDV).

Geschäftsverlauf und Lage

Nach den Jahren der strategischen Restrukturierung der Gesellschaften des VERKA-Verbundes sowie der im Vorjahr abgeschlossenen Neuordnung der Rückdeckungsversicherungsverträge mit den Landeskirchen und der EKD war das Geschäftsjahr 2016 durch die Rückkehr zur Normalität gekennzeichnet.

Durch intensive Bestandsarbeit konnten die Beziehungen des VERKA VK zu den Landeskirchen und zur EKD weiter verfestigt werden, was sich auch durch die Neuanmeldung von Pfarrern und

Kirchenbeamten im Bestand niederschlug. Gleichzeitig wurden zahlreiche aussichtsreiche Gespräche mit anderen Landeskirchen im Hinblick auf die mögliche Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zum VERKA VK geführt. Hierbei wurde insbesondere Interesse erkennbar an Produkten zur Kapitalanlagenverwaltung sowie der Finanzierung von Beihilfeleistungen im Alter, die über eine Erhöhung der vereinbarten Zielrente pro versicherter Person denkbar ist.

Die Entwicklung bei der VERKA PK war durch eine weitgehende Stagnation in den Versichertenbeständen sowie leicht sinkenden Beitragseinnahmen gekennzeichnet. Das anhaltend niedrige Zinsniveau mit zuvor für fast unmöglich gehaltenen weiter rückläufigen Zinsen führte in beiden Gesellschaften fast zwangsläufig – unter weitgehendem Verzicht auf Maßnahmen zur Ergebniskorrektur durch die Realisierung stiller Reserven – zu einem leicht rückläufigen Ergebnis aus Kapitalanlagen. Auf der versicherungstechnischen Seite kam es bei der VERKA PK – bedingt durch das Niedrigzinsumfeld – zu einer weiteren Erhöhung der Zinszusatzreserve, da der Referenzzinssatz für die Bildung dieser Reserve zum Bilanzstichtag weiter auf inzwischen 2,54 % gesunken ist. Dies machte die Bildung zusätzlicher Reserven auch für weitere Tarifgenerationen erforderlich. Insgesamt lag der Zuführungsbedarf bei 17,4 Mio. EUR. Die Reserve erhöhte sich auf 43,5 Mio. EUR. Der VERKA VK ist nach der Umstellung der Rückdeckungsverträge mit den Landeskirchen und der EKD demgegenüber derzeit direkt nicht von der Notwendigkeit der Bildung einer Zinszusatzreserve betroffen, da die Garantiezinsen (0,5 % für Anwärter und 1,25 % für Rentner) weit unterhalb dieses Referenzzinssatzes liegen.

Zur weiteren Verbesserung des Kundenservices wurden im Berichtsjahr maßgebliche Fortschritte erzielt bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems. Hier ist es das Ziel, bis Ende 2018 eine weitgehend papierlose Bearbeitung aller Vorgänge im VERKA-Verbund (Versicherungsverträge, Rechnungen sowie sonstiger Dokumente und Unterlagen) umgesetzt zu haben. Hierzu gehört auch die elektronische Briefschreibung, wo wir in 2016 deutliche Fortschritte verzeichnen konnten. Ebenso konnte die Überführung unseres Bestandsführungssystems auf eine webbasierten Plattform in 2016 umgesetzt werden, was die Grundlage dafür bildet, in 2017 ein Online-Portal aufzusetzen, mit dem unsere Kunden papierlos mit den Unternehmen des VERKA-Verbundes kommunizieren können.

Die Planungen für die energetische Sanierung unseres Verwaltungsgebäudes in Berlin, die im Zusammenhang mit der Erfüllung bau- und brandschutzrechtlicher Auflagen geboten waren, konnten im Geschäftsjahr zur Entscheidungsreife gebracht werden. Mit den Arbeiten soll im Frühsommer 2017 begonnen werden und das Gebäude unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten energieeffizient umgebaut werden. Ziel ist hier das Erreichen eines sogenannten DGNB Gold-Zertifikates der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen.

Wir sehen diese Maßnahme im Kontext unseres Nachhaltigkeitsansatzes nicht nur im Bereich der Kapitalanlagen als dringend erforderlich an. Unsere Bemühungen um umweltverträgliches, sozial- und generationengerechtes Steuern und Verwalten des gesamten Unternehmens finden damit explizit Berücksichtigung. Die Verleihung zahlreicher Auszeichnungen bestätigt uns, dass wir mit diesem Ansatz auf dem richtigen Weg sind. In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kirchlicher Investoren (AKI) der EKD haben wir im Geschäftsjahr zudem mit der Formulierung, Ausgestaltung und Umsetzung einer Klimastrategie für unsere Kapitalanlagen begonnen. Die deutliche Reduzierung von CO₂-Emissionen mit der energetischen Sanierung unseres eigenen Gebäude und dem Einsatz einer Erdwärmepumpe sowie und die Nutzung von Elektrofahrzeugen runden diese Bemühungen ab.

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns kann vor diesem Hintergrund erneut als erfolgreich beschrieben werden, wenn auch das niedrige Zinsniveau zwangsläufig zu einem weiter rückläufigen

Ergebnis aus Kapitalanlagen führte und die Zuführungen zur Zinszusatzreserve bei der VERKA PK das Ergebnis insgesamt stärker belastete. Trotz dieser Belastungen konnte ein befriedigender Rohüberschuss erzielt werden.

Versichertenbestand

Zum 31. Dezember 2016 waren 28.924 (Vj. 29.772) Anwärter und 19.619 (Vj. 19.198) Rentner und damit insgesamt 48.543 (Vj. 48.970) Personen bei den Konzernunternehmen versichert.

Ertragslage

Beiträge

Im Geschäftsjahr waren im Konzern Beitragseinnahmen in Höhe von 44,8 Mio. EUR (Vj. 83,9 Mio. EUR) zu verzeichnen. Die deutliche Reduzierung der Beiträge begründet sich hauptsächlich durch einen außerordentlich hohen Einmalbeitrag eines Versicherungsnehmers in Höhe von 44,0 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2015. Der Rückgang der Beiträge entspricht damit unseren Erwartungen.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 22,2 % auf 57,8 Mio. EUR (Vj. 74,3 Mio. EUR) gesunken. Die laufenden Erträge haben sich um 9,6 % auf 56,6 Mio. EUR (Vj. 62,6 Mio. EUR) reduziert. Der Rückgang resultiert in erster Linie aus zum Zwecke der Substanzschonung auf insgesamt 17,1 Mio. EUR (Vj. 18,8 Mio. EUR) reduzierten Ertragsausschüttungen aus Wertpapier-Sondervermögen sowie einem Rückgang der Zinserträge auf 35,1 Mio. EUR (Vj. 39,9 Mio. EUR) als Folge des anhaltenden Niedrigzinsniveaus sowie des moderaten Abschmelzens des Bestandes verzinslicher Anlagen im Direktbestand (Inhaberschuldverschreibungen, sonstige Ausleihungen und Grundschuldarlehen) zugunsten alternativer Investments. Die Erträge aus Immobilien-Sondervermögen sind dagegen aufgrund des gestiegenen Bestandsvolumens auf 2,4 Mio. EUR (Vj. 1,7 Mio. EUR) angestiegen. Die in den vergangenen Jahren dotierten Fonds für Wohn-, Einzelhandels-, Hotel- und globale Gewerbeimmobilien entwickeln sich weiter sehr erfreulich. Die Erträge aus alternativen Investments in Form von Beteiligungen und Genussrechten haben sich entsprechend des umsichtigen Bestandsaufbaus auf 1,7 Mio. EUR (Vj. 1,6 Mio. EUR) erhöht. Da sich ein Teil dieser Investments noch in der Investitionsphase befindet und diese planmäßig in den nächsten Jahren weitere Mittel abrufen werden, steigen die Erträge in diesem Bereich in den kommenden Jahren sukzessive weiter an.

Die im Berichtsjahr angefallenen Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 1,2 Mio. EUR (Vj. 11,4 Mio. EUR) resultieren in erster Linie aus dem Verkauf strukturierter Schuldscheindarlehen zum Zwecke der Risikoreduzierung. Darüber hinaus wurden im Gegensatz zum Vorjahr keine die Zukunft belastenden Reserverealisierungen zum Zwecke der Ergebnissteuerung vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB waren keine (Vj. 0,3 Mio. EUR) vorzunehmen.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr in Höhe von 1,0 Mio. EUR angefallen (Vj. 0 EUR). Diese betreffen weit überwiegend die im Berichtsjahr nach langwierigen

Verhandlungen verkauften Anteile an einem europäischen Gewerbeimmobilienfonds. Abschreibungen sind in Höhe von 0,4 Mio. EUR (Vj. 9,6 Mio. EUR) erfolgt. Diese betreffen neben der Regelabschreibung auf die selbstgenutzte Büroimmobilie aus Vorsichtsgründen vorgenommene anteilige Wertberichtigungen eines Dach-Hedgefonds sowie einer Mikrofinanzanleihe.

Versicherungsleistungen

Die Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr insgesamt 53,1 Mio. EUR (Vj. 52,4 Mio. EUR). Der Zuwachs entfällt überwiegend auf einmalige Kapitalleistungen. Die Leistungen verteilen sich auf die zwei Konzernunternehmen wie folgt:

	VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG	VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG	VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG	VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG
	2016 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2015 Mio. EUR
laufende Renten				
Altersrenten	12,5	30,8	12,2	31,4
Berufs- /Erwerbsunfähigkeitsrenten	0,4	0,0	0,5	0,0
Witwen-/Witwer-/Waisenrenten	0,5	3,5	0,5	3,5
	13,4	34,3	13,2	34,9
Kapitalleistungen				
Kapitalabfindungen und andere Kapitalleistungen	4,8	0,0	2,7	0,0
Rückkäufe	0,4	0,2	0,4	1,2
	5,2	0,2	3,1	1,2
Versicherungsleistungen	18,6	34,5	16,3	36,1

Verwaltungskosten

Die Verwaltungskostenquote (Verwaltungsaufwendungen 1,6 Mio. EUR (Vj. 1,6 Mio. EUR) im Verhältnis zu gebuchten Beiträgen) beträgt im Konzern 3,6 % (Vj. 1,9 %), somit hat sich unsere Erwartung bestätigt.

Konzernergebnis

Die Gesellschaften des Konzerns erwirtschafteten im Berichtsjahr einen Rohüberschuss in Höhe von insgesamt 31,1 Mio. EUR (Vj. 117,3 Mio. EUR), davon wurden 30,3 Mio. EUR (Vj. 98,7 Mio. EUR) in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt, 0,5 Mio. EUR (Vj. 17,6 Mio. EUR) im Wege der Direktgutschrift an die Versicherungsnehmer ausgezahlt und 0,3 Mio. EUR (Vj. 1,0 Mio. EUR) der Verlustrücklage zugeführt. Damit verbleibt ein ausgeglichenes Konzernbilanzergebnis. Somit sind unsere Erwartungen diesbezüglich erfüllt worden.

Finanz- und Vermögenslage

Kapitalanlagen

„Man muss das Gute auch am Rande des Abgrunds nicht aufgeben.“ Das wusste schon der berühmte preußische Gelehrte, Schriftsteller und Staatsmann Friedrich Wilhelm von Humboldt (* 22. Juni 1767 in Potsdam; † 08. April 1835 in Tegel) und das beschreibt vortrefflich das Verhalten der Kapitalmärkte in unmittelbarer Folge von Volksentscheidungen mit vermeintlich weit reichender globaler Bedeutung im Jahr 2016. Im Vorfeld des Referendums im Juni 2016 zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU, der US-Präsidentschaftswahlen im November 2016 sowie dem Referendum zur Verfassungsreform in Italien im Dezember 2016 haben jeweils die Prognosen einen gemeinhin für die Weltwirtschaft als positiv eingeschätzten Ausgang erwarten lassen. In allen drei Fällen trat das Gegenteil ein – das britische Volk entschied sich mehrheitlich für einen Austritt aus der EU („Brexit“), der Kandidat der Republikaner und Milliardär Donald Trump wurde zum US-Präsidenten gewählt und die italienische Verfassungsreform wurde abgelehnt. Statt einer erwarteten Schockwelle an den Märkten zeigten sich diese jedoch jeweils erstaunlich widerstandsfähig. Bewegten sich die Aktienmärkte nach dem Brexit-Votum noch mehrere Tage im negativen Bereich, dauerte der Schock nach der Trump-Wahl nur noch wenige Stunden. Die Sorgen nach dem unerwarteten Ausgang des italienischen Referendums hielten nur wenige Minuten, ehe die Märkte wieder ins Plus drehten. Im Vergleich zu den Vorjahren verhielt sich der Kapitalmarkt 2016 offenbar deutlich unempfindlicher – vielleicht sogar abgestumpfter – gegen vermeintliche politische Schockereignisse. Dabei scheint sich das politische Umfeld zunehmend zu radikalisieren, extreme Positionen bis hin zu rechtspopulistischen Haltungen, wie sie neben Donald Trump auch die französische Politikerin und Vorsitzende des Front National Marine Le Pen, die österreichische FPÖ mit ihrem bei den Präsidentschaftswahlen nur knapp gescheiterten Kandidaten Norbert Hofer, der Niederländer Geert Wilders oder auch in Deutschland die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ einnehmen, erhalten zunehmend Rückendeckung und Unterstützung in breiten Bevölkerungsschichten. Die etablierten Parteien und Politiker scheinen immer machtloser dagegen und nehmen ihrerseits zum Teil inhaltlich fragwürdige Positionen ein, nur um eine weitergehende Abwanderung ihrer Wähler zu vermeiden. Die Bevölkerung scheint zunehmend unzufrieden mit der Wirtschafts- und nicht zuletzt Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der letzten Jahre. Belegen lässt sich diese Unzufriedenheit anhand von harten Fakten mit Blick auf die nach wie vor insgesamt eher positiven Fundamentaldaten freilich kaum. Trauriger Fakt ist scheinbar nur, dass jeder weitere Anschlag wie zuletzt auf einen belebten Weihnachtsmarkt im Zentrum Berlins, derart fragwürdigen Politikern und Parteien nur weiteren Auftrieb verleiht und die Bereitschaft der Bürger, hilfsbedürftige und politisch verfolgte Menschen zu unterstützen, merklich abnimmt.

Vergleicht man die wesentlichen Kapitalmarktindikatoren wie insbesondere Aktienindizes, Zinsen und Wechselkurse Ende 2016 mit den Jahresanfangsständen, könnte man annehmen, dass das ablaufende Jahr im Gegensatz zu den Vorperioden ein wenig spektakuläres, geradezu langweiliges Kapitalmarktjahr war. Nicht einmal die oben genannten politischen Ereignisse von weitreichender globaler Bedeutung und deren unerwarteter Ausgang vermochten hieran nennenswert etwas zu ändern. Doch 2016 war alles andere als ein langweiliges und volatilitätsarmes Kapitalmarktjahr. Interessanterweise ist dies aber genau das, was die meisten Volkswirte und Analysten für dieses Jahr vorausgesagt hatten – eine hochvolatile Seitwärtsbewegung.

Besonders bewegt starteten die Aktienmärkte ins neue Jahr. Hatte man bis kurz vor Ende 2015 noch auf eine Fortsetzung des Bullenmarktes in Folge der Liquiditätsschwemme gesetzt, die die großen Notenbanken – allen voran Fed, EZB und Bank of Japan – in die Märkte gespült hatten, schlug dieser

Optimismus im Dezember vergangenen Jahres infolge der Zinserhöhung durch die Fed – der ersten seit Mitte 2006 – rasch um in Pessimismus, Gewinnmitnahmen setzten ein und die Risikoaversion nahm erneut zu. Zu groß schien plötzlich wieder die Gefahr, die Notenbanken würden ihren expansiven Pfad, der jedoch keinerlei Einfluss mehr auf Konjunktur und Inflation zu haben schien – nie mehr verlassen können, andernfalls würde man die globale Wirtschaftsentwicklung vollends abwürgen. Die bereits weitgehend eingepreisten „mindestens zwei weiteren Leitzinserhöhungen“ durch die Fed mussten vorerst zurückgestellt werden. So verloren der DAX und der EuroStoxx 50 von Ende 2015 bis Mitte Februar des Folgejahres fast 20 % ihres Wertes, beim S&P 500 waren es währungsbereinigt gut 15 %. Ähnlich hoch fielen die Verluste im MSCI Emerging Markets (währungsbereinigt ca. -14 %) aus. Die kurz zuvor einsetzende Erholung in den Emerging Markets von den massiven Kursverlusten der vorangegangenen Monate währte somit nur kurz.

In den folgenden Wochen beruhigten sich die Aktienmärkte wieder und die Kurse zogen wieder an. Hieran konnte auch die Ankündigung des EZB-Präsidenten im März nichts ändern, nach der der sogenannte „Draghi-Put“ und damit das Anleihenkaufprogramm der Zentralbank, sowohl zeitlich als auch inhaltlich ausgeweitet und gleichzeitig der Leitzins (Repo-Satz) erstmals auf null Prozent gesenkt wurde, während der Einlagenzinssatz – der von den meisten Banken nahezu 1:1 an die Kunden weitergegeben wird – auf inzwischen -0,40 % p. a. runtergenommen wurde. Auch wenn zu Beginn des Jahres allgemeinhin davon ausgegangen wurde, dass die Geldpolitik nun allmählich ihre Grenzen erreicht hätte und weitere Maßnahmen – sofern überhaupt noch umsetzbar – keine Wirkung mehr auf Inflation, Konjunktur und Zinsentwicklung hätten, waren die Zentralbanken im abgelaufenen Jahr immer noch für Überraschungen gut. So begann die EZB, Unternehmensanleihen zu kaufen, die Bank of Japan legte eine Obergrenze für Anleihenrenditen fest und die Bank of England nahm die quantitative Lockerung wieder auf. Für die Anleger hatten diese Zentralbankmaßnahmen zur Folge, dass zum Teil sogar Anlagen mit negativen Renditen positive Erträge abwarfen und die Suche nach Renditen weiter anhielt.

Die Aktienmärkte gingen in diesem unsicheren Umfeld in der Folge in eine hochvolatile Seitwärtsbewegung über. Der DAX etwa bewegte sich von April bis Juni 2016 in einer Bandbreite zwischen 9.500 und 10.500 Punkten, ehe das Brexit-Votum am 23. Juni 2016 die Märkte kurzzeitig auf Talfahrt schickte. Der Ausgang der Abstimmung war unerwartet, wenngleich mit 51,9 % Pro-Stimmen sehr knapp. Auch wenn die neue britische Premierministerin Theresa May im Oktober 2016 bekanntgab, dass der Austrittsvorgang bis Ende 2017 in Gang gesetzt soll und somit nach der vertraglich vorgesehenen zweijährigen Verhandlungsperiode mit dem Austritt für März 2019 zu rechnen sei, sind noch viele Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs weitgehend offen. Vor allem die langfristigen wirtschaftlichen Folgen lassen sich aufgrund der vielfältigen Handelsverflechtungen nur schwer absehen. Zwar erholten sich die Aktienmärkte nach wenigen Tagen wieder und die Folgen für den britischen Immobilienmarkt waren in den folgenden Monaten auch weitaus weniger drastisch als erwartet. Das britische Pfund wertete jedoch in der Folge des Brexit-Votums zunehmend ab und erreichte im Juli 2016 den schwächsten Wert zum US-Dollar seit 1985. Gegen den Euro wurde im Oktober 2016 der schwächste Kurs seit 2009 erreicht. Zwar wirkt sich die Währungsabwertung tendenziell positiv für die Exportwirtschaft sowie den Tourismus aus. Einige Analysten sehen hier gar ein erhöhtes Potenzial eines „Comebacks der britischen Industrie“ infolge eines schwächeren GBP unter der Voraussetzung einer entsprechenden Wirtschaftspolitik im Hinblick auf konkurrenzfähige Produktionskosten. Im Bereich der Verbrauchsgüter jedoch trifft die Verteuerung der Einfuhren die postindustrielle Gesellschaft Großbritanniens voraussichtlich hart. Großbritannien hat seit vielen Jahren ein sehr großes Handelsbilanzdefizit. Dieses wird durch eine Nettoneuverschuldung Großbritanniens bei ausländischen Gläubigern finanziert. Ein schwächerer GBP-Wechselkurs erschwert die Rückzahlung ausländischer Kredite, impliziert aber auch die Chance,

das Handelsbilanzdefizit dauerhaft zu verringern. Die Ratingagenturen stufen in der Folge die Kreditwürdigkeit des Vereinigten Königreichs herab (S&P und Fitch auf „AA“, Moody's auf „Outlook negative“), die Europäische Union verlor bei S&P ihre Top-Note und wurde auf „AA“ zurückgestuft.

Der gescheiterte Putschversuch von Teilen des Militärs in der Türkei im Juli 2016 hatte zwar mit Ausnahme einer deutlichen Abwertung der türkischen Lira so gut wie keine Auswirkungen auf die Kapitalmärkte. Dieser schien Präsident Erdogan jedoch gerade recht zu kommen. Der zunächst für drei Monate verhängte Ausnahmezustand, der schließlich um weitere drei Monate verlängert wurde, gab der Regierung unter Ministerpräsident Yıldırım und dem Präsidenten größere Vollmachten. Hiervon machte und macht die Regierung umfangreich Gebrauch bei der Entlassung von politisch missliebigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Es ist die Rede von „Säuberungen“ etwa an türkischen Universitäten. In Verbindung mit sonstigen, mehr als fragwürdigen Positionen des Präsidenten und der Regierung in innenpolitischen (etwa Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und beabsichtigte Wiedereinführung der Todesstrafe) sowie außenpolitischen Angelegenheiten (insbesondere Beziehung zu Russland und zur Europäischen Union) sowie diverse Kontroversen und Vorfällen etwa im Zusammenhang mit deutschen Satirebeiträgen („Fall Böhmermann“) erscheint nicht nur Präsident Erdogan in einem äußerst diffusen Licht, sondern verbietet sich auch jedem Anleger, der ethisch-moralische Grundsätze beachtet, jedwede Investition in der Türkei – einem Staat, der nur noch schwerlich als „demokratisch“ zu bezeichnen ist.

Nach vergleichsweise schwachen Arbeitsmarktdaten im Juni 2016 sendete die Fed ab August 2016 wieder positive Signale im Hinblick auf ihre geldpolitischen Ziele Preisstabilität und maximale Beschäftigung, die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Zinserhöhung nahm wieder zu. In Anbetracht der nahenden US-Präsidentschaftswahlen und der Befürchtung, dass eine mögliche Wahl von Donald Trump eine globale Bedrohung bedeuten würde, hielt die Unsicherheit und Volatilität an den Märkten jedoch an. Insbesondere die Aktienmärkte bewegten sich weiter richtungslos. Der erwartete Super-GAU blieb jedoch zum Erstaunen der meisten Marktteilnehmer nach der Verkündung des Wahlsieges von Trump am 9. November 2016 aus. Dies erstaunt umso mehr, als Trump bis dato eher als politisch vollkommen unerfahrener, radikaler Kandidat der Protestwähler ohne klares und nachvollziehbares Programm wahrgenommen wurde. Bisweilen war auch von einem „postfaktischen Politikstil“ die Rede. Offenbar hat die vielzitierte „schweigende Mehrheit“ der US-Bürger in Anbetracht der eigenen Unzufriedenheit mit ihrer persönlichen Situation jedoch die radikalen Haltungen Trumps zum Thema Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, Protektionismus, Klimaschutz und Energiepolitik oder auch Waffenrecht dankend aufgenommen. Auch die Ankündigung Trumps, Geringverdiener sowie die Mittelschicht steuerlich zu entlasten, den Mindestlohn anzuheben sowie ein breit angelegtes Investitionsprogramm in Infrastruktur aufzulegen, hat offenbar zu seinem Wahlsieg beigetragen. Inwieweit diese populistischen Äußerungen letztlich auch in die Tat umgesetzt werden, wird sich zeigen. Offenbar haben die Kapitalmärkte aber großes Vertrauen in Trump, wenn man der Kursrallye an den Aktienmärkten seit Anfang November 2016 sowie den Prognosen für das folgende Jahr Glauben schenken darf. Mögliche Kursabweichungen oder sonstige Aussetzer Trumps, die sich nachhaltig negativ auf die Märkte auswirken könnten, scheinen die wenigsten zu erwarten. Dabei besteht doch gerade im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Zielrichtung Trumps Ungewissheit. Laut eigener Aussage befürwortet Trump den freien Markt, vertritt jedoch den Standpunkt, dass US-Unternehmen ihre ausländischen Produktionsstätten unter anderem durch hohe Strafzölle und Steuererleichterungen in die Vereinigten Staaten zurückverlagern sollen und dass die angeblich ungünstigen Handelsverträge, wie z. B. die Transpazifische Partnerschaft, neu ausgehandelt werden müssten. Diese Positionen sind vor allem in libertären und konservativen Kreisen wie dem Club for Growth als protektionistisch und als „Verachtung“ der freien Marktwirtschaft kritisiert worden.

Erstaunlicherweise hielten sich auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Aktienkursverluste nach der Wahl Trumps insgesamt in Grenzen, obgleich der US-Dollar deutlich aufgewertet hat. So liegt der MSCI Emerging Markets zum Jahresende ca. 8 % im Plus, währungsbereinigt sogar ca. 13 %, nachdem insbesondere das vorhergehende Jahr verheerende Kursverluste gebracht hatte (-17 %, währungsbereinigt -8 %). Einen nicht unerheblichen Einfluss auf diese positive Entwicklung hatte der Rohölpreis. Dieser hatte im Februar seinen absoluten Tiefststand erreicht (WTI 26,21 USD). Zunächst seitens Saudi-Arabien und Russland angestrebte Förderbegrenzungen konnten mangels Einigung der ölfördernden Staaten vorerst nicht umgesetzt werden. Eine Einigung erfolgte erst Ende November 2016. Bis dahin hatte der Ölpreis bereits wieder ein Niveau von ca. 50 US-Dollar erreicht, was annähernd einer Verdoppelung ausgehend vom Tiefststand entsprach. Auch danach stieg der Preis trotz Aufwertung des US-Dollar infolge des Wahlausgangs in den USA weiter an und liegt zum Jahresende bei ca. 54 USD. Es wird kurzfristig mit einem weiteren moderaten Preisanstieg infolge der forcierten Rückführung der Lagerbestände gerechnet. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Entscheidung über eine Fortführung der Selbstbeschränkung beim nächsten OPEC-Treffen im Mai 2017.

Positive Auswirkungen hatte die Erholung des Ölpreises nicht zuletzt auf die Inflation. Zwar ist man noch immer ein Stück weit vom inoffiziellen geldpolitischen Ziel einer Inflationsrate von „knapp unter 2 %“ entfernt. Dennoch scheinen die Tiefstände des Jahres 2015, als der US-amerikanische CPI sich um Null bewegt und die jährliche Inflationsrate in der Eurozone zeitweilig einen Wert von -0,5 % angenommen hat, überwunden. Die US-Inflationsrate hat mit 1,7 % per 30. November 2016 den höchsten Stand seit über zwei Jahren erreicht. Die Eurozone zeigt sich hier mit 0,6 % noch vergleichsweise bescheiden, befindet sich inzwischen aber ebenso in einem positiven Trendverlauf (die bundesdeutsche jährliche Inflationsrate liegt mit 0,8 % unwesentlich darüber). Die letzten Umfragewerte lassen kurzfristig einen weiteren Anstieg der Inflationsraten erwarten. Die angekündigten Investitionsprogramme der Regierung Trump lassen auf einen weiterhin positiven Verlauf der Geldmengenentwicklung in den USA hoffen. Dies setzt allerdings voraus, dass weitere Zinserhöhungsschritte seitens der Fed diese Entwicklung nicht hemmen bzw. abwürgen und die neue US-Regierung ihre wirtschaftspolitischen Pläne umsetzt. Nicht zuletzt bedarf es insbesondere in der Eurozone auch struktureller Maßnahmen, die die Kerninflationsrate nachhaltig stützen. Hierbei werden entsprechende Lohn- und Gehaltstarifabschlüsse eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Weniger positiv gerichtet war zunächst die Zinsentwicklung. Während in den USA die Verunsicherung nach der Zinserhöhung durch die Fed Ende 2015 und anschließend die bevorstehenden US-Präsidentenwahlen für Druck auf die Renditen von US-Treasuries sorgten – die zehnjährige Staatsanleihenrendite fiel von 2,3 % p. a. Ende 2015 bis auf unter 1,4 % p. a. Mitte 2016 –, war es in der Eurozone im Wesentlichen die EZB, deren Anleihenkaufprogramm die Renditen auf neue Rekordtiefstände fallen ließ. So sank die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ausgehend von 0,6 % p. a. Ende 2015 bis auf -0,2 % p. a. Anfang Juli 2016. Erstaunlicherweise führte der Ausgang der US-Präsidentenwahlen nicht zu einer weiteren Flucht in die „sicheren Häfen“, sondern ließ sowohl in Übersee als auch in der Eurozone unerwarteterweise die Renditen ansteigen. So stieg die zehnjährige US-Treasury-Rendite im Dezember 2016 auf 2,6 % p. a. und damit den höchsten Stand seit September 2014. Die zehnjährige Bundesanleihenrendite näherte sich mit 0,4 % p. a. im Dezember 2016 wieder ihrem Jahresanfangswert an. Einen gewissen Schub mag hierbei auch die Ankündigung von Mario Draghi Anfang Dezember 2016 gebracht haben, ab April 2017 mit dem „Tapering“ zu beginnen und das monatliche Kaufvolumen der EZB von 80 Mrd. EUR auf zunächst 60 Mrd. EUR zu reduzieren. Ein Stück weit konterkariert wurde dies jedoch durch die zeitgleiche Ankündigung der EZB, das Anleihenkaufprogramm noch bis mindestens Ende 2017 zu verlängern. Die weitere Entwicklung der Renditen wird ganz erheblich vom weiteren Vorgehen der Zentralbanken

abhängen. Grundsätzlich scheint hier mehr Enttäuschungs- als Upside-Potenzial zu bestehen. Weitere Zinsschritte seitens der Fed nach der letzten Erhöhung am 14. Dezember 2016 um 25 Basispunkte könnten sich negativ auf das „zarte Band der Konjunktur“ in den USA auswirken. Dies ist umso mehr zu befürchten, als zusätzlich zu geldpolitischen Schritten auch strukturelle Maßnahmen durch die neue US-Regierung notwendig erscheinen und unsicher ist, wie sich die Trumpsche Politik letztlich konkret auswirkt. Ähnliches gilt für die Eurozone und die EZB. Es ist zu hoffen, dass neben dem andauernden „Quantitative Easing“ hier interne Themen – so stehen etwa in Deutschland Wahlen an – auch mit Blick auf die Peripherie sowie der politische Druck, die Zinsen künstlich niedrig zu halten, nicht eine weitere positive Entwicklung hemmen. Diese Ausgangssituation lässt jedoch zumindest kurzfristig – allem Überraschungspotenzial zum Trotz – keinen weiteren Zinsanstieg in der Eurozone in nennenswertem Maße erwarten.

Vor diesem Hintergrund hat der Konzern im Berichtsjahr seine Maßnahmen zur Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fortgesetzt und die Diversifikation insbesondere durch Investitionen in nachhaltige alternative Anlagen abseits der klassischen Renten- und Aktienanlage unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit weiter erhöht. Bei der Auswahl sämtlicher Neuinvestitionen wurde und wird strikt auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien des Konzerns geachtet. Diese sind explizit Bestandteil der Kapitalanlagestrategie. Der Konzern sieht die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen als gleichberechtigten Anlagegrundsatz neben der Sicherheit bzw. Qualität, Rentabilität und Liquidität der Investments unter Berücksichtigung einer angemessenen Mischung und Streuung innerhalb des Portfolios.

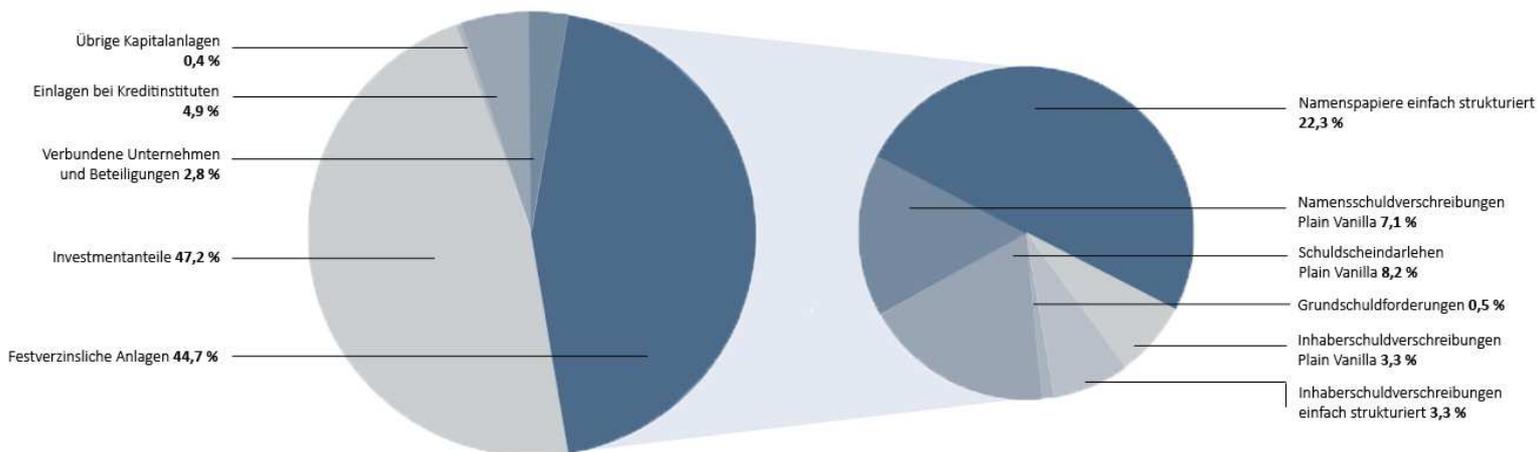
In Anbetracht der anhaltenden Zinskurvensteilheit konnten im Berichtsjahr zwei Steepener-Schuldscheindarlehen mit Abgangsgewinnen verkauft werden. Ein weiteres Steepener-Schuldscheindarlehen wurde durch den Emittenten in Anbetracht des unverändert niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß gekündigt. Insgesamt konnte somit die Planungssicherheit im Hinblick auf drohende Minderverzinsungen aus den variabel verzinslichen strukturierten Produkten merklich erhöht werden.

Die Konzernunternehmen haben sich im Jahr 2016 mit einem Zeichnungsvolumen von 5,0 Mio. EUR an einem Private-Equity-Fonds beteiligt, der sich in Ergänzung zu bestehenden Private-Debt- und Mezzanine-Finanzierungen an etablierten Mittelstandsunternehmen in Deutschland beteiligt. Hierbei werden ethische und moralische Grundsätze entsprechend der Nachhaltigkeitsanforderungen des Konzerns strikt beachtet. Im Berichtsjahr sind bereits zwei Kapitalabrufe durch den Fonds im Gesamtvolumen von 1,9 Mio. EUR erfolgt. Des Weiteren haben sich die Konzernunternehmen mit einem Zeichnungsvolumen von 5,0 Mio. EUR an einem weiteren auf Europa fokussierten Infrastruktur-Basketfonds beteiligt. Im Berichtsjahr sind bereits zwei Kapitalabrufe durch den Fonds im Gesamtvolumen von 1,1 Mio. EUR erfolgt. Weitere Zugänge waren infolge diverser Capital Calls der bereits in den Vorjahren gezeichneten alternativen Investmentfonds und Immobilien-Sondervermögen zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Abgänge aus Fälligkeiten, Kündigungen und Verkäufen verzinslicher Anlagen sowie Kapitalrückzahlungen im Bereich der Beteiligungen und Grundschuldforderungen.

Der Saldo aus Neu- bzw. Wiederanlagen und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio des Konzerns war im Berichtsjahr in Anbetracht des negativen Saldos aus Beitragseinnahmen und Leistungsauszahlungen und der planmäßigen Teilauflösung eines Rückdeckungsvertrags zugunsten des im zweiten Quartal 2016 aufgenommenen Betriebs der Geschäftssparte „Verwaltung von Versorgungseinrichtungen“ mit -54,4 Mio. EUR negativ (Vj. -47,7 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagenvolumens insgesamt auf

-54,9 Mio. EUR (Vj. -57,0 Mio. EUR), was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % (Vj. -2,8 %) auf 1.925,5 Mio. EUR (Vj. 1.980,4 Mio. EUR) entsprach.

Die Kapitalanlagen waren per 31. Dezember 2016 wie folgt in die unterschiedlichen Assetklassen allokiert:



Der Anteil der **Investmentanteile** ist auf 47,2 % (Vj. 45,8 %) angestiegen. Ursächlich hierfür waren Aufstockungen bzw. Kapitalabrufe zur Erfüllung offener Kapitalzusagen. Die aus dem Aktienfonds, dem Wandelanleihensegment im gemischten Wertpapier-Sondervermögen sowie dem Dach-Hedgefonds resultierende ökonomische Aktienquote unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen ist mit 5,3 % (Vj. 3,8 %) nach Zeitwerten bzw. 5,5 % (Vj. 4,0 %) nach Buchwerten infolge der insgesamt positiven Marktentwicklung und Zuführungen zum gemischten Wertpapier-Sondervermögen zugunsten des Wandelanleihenanteils leicht angestiegen, liegt aber weiterhin innerhalb des Zielkorridors. Die strategische Zielquote von 5,0 % soll nachhaltig nicht wesentlich überschritten werden. Das sich aus dem Aktienfonds ergebende Aktienkursverlustrisiko ist langfristig und nahezu vollständig neben einer sich aus dem Anlagekonzept ergebenden impliziten Limitierung der Volatilität mittels eines Optionssicherungskonzepts abgesichert. Das aus dem Wandelanleihen-Teilportfolio resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines Wertsicherungskonzepts durch Vorgabe einer Wertuntergrenze und des daraus resultierenden Risikopuffers gemindert.

Schwerpunkt der Kapitalanlage sind weiterhin – wenngleich mit weiter abnehmender Tendenz – mit 44,7 % (Vj. 47,0 %) festverzinsliche Anlagen im Direktbestand (ohne Einlagen bei Kreditinstituten).

Der Bestand der **Inhaberschuldverschreibungen** ist mit 6,6 % im Vergleich zum Vorjahr (6,1 %) aufgrund von Neuanlagen in diesem Bereich angestiegen. Der Anteil der Plain-Vanilla-Bonds ist mit 3,3 % (Vj. 3,3 %) unverändert, wogegen bei den einfach strukturierten Inhaberschuldverschreibungen ein Anstieg auf 3,3 % (Vj. 2,8 %) zu verzeichnen war. In Anbetracht des extrem niedrigen Zinsniveaus sind die Neuanlagen überwiegend in einfach strukturierte kündbare Anleihen erfolgt, um eine hinreichend hohe Rendite zu erzielen.

Der Anteil der **Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen** (ohne Nachträge) ist weiter auf 37,7 % (Vj. 40,6 %) gesunken. Der Anteil der einfach strukturierten Namenstitel sowie Credit-Linked-Schuldscheindarlehen ging aufgrund von planmäßigen Fälligkeiten, Emittentenkündigungen und Verkäufen auf 22,3 % (Vj. 25,2 %) zurück, wogegen der Anteil der Plain-

Vanilla-Namenschuldverschreibungen und -Schuldscheindarlehen mit 15,3 % (Vj. 15,2 %) nahezu unverändert blieb. Das Neu- und Wiederanlagevolumen war mit Blick auf das nach wie vor außerordentlich niedrige Zinsniveau sowie die nur eingeschränkt zur Verfügung stehende freie Liquidität mit insgesamt 29,0 Mio. EUR (Vj. 30,0 Mio. EUR) im Verhältnis zum noch immer vergleichsweise hohen Anteil der sonstigen Ausleihungen am Gesamtvermögen weiterhin gering. Verzinsliche Kapitalanlagen in der Direktanlage bestehen überwiegend bei inländischen Kreditinstituten, wodurch das Emittentenrisiko begrenzt ist. Dennoch wurde das Financial Exposure (inkl. Pfandbriefen bzw. Covered Bonds und indirekter Anlagen in Fonds) zur weiteren Risiko-diversifizierung im Berichtsjahr weiter auf 44,7 % (Vj. 46,3 %) der gesamten Kapitalanlagen zugunsten anderer Anlagen im Wege der Portfoliodiversifikation reduziert.

Der Anteil der Grundsulddarlehen blieb konstant mit 0,5 % (Vj. 0,5 %) der gesamten Kapitalanlagen. Da das aktive Darlehensgeschäft aus geschäftspolitischen Gründen im Jahre 2010 eingestellt wurde, wird der Bestand nur noch planmäßig abgewickelt.

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten stieg leicht an auf 4,9 % (Vj. 4,6 %). Hier enthalten waren Mittel, die infolge der planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2016 im Januar 2017 an eine Landeskirche ausgezahlt und im Anschluss der Kapitalanlagenverwaltung durch den VERKA VK im Wege der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen zugeführt wurden.

Mit 2,8 % hat sich der Anteil der Beteiligungen im Vergleich zum Vorjahr (2,2 %) weiter erhöht. Ursächlich hierfür waren Kapitalabrufe eines Infrastruktur-Dachfonds, des Mezzanine-Fonds, des Fonds zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie der im Berichtsjahr gezeichneten Private-Equity- und Infrastruktur-Basketfonds. Dem gegenüber standen in vergleichsweise geringem Umfang Kapitalrückzahlungen der beiden Beteiligungsgesellschaften in alternative Energien.

Der Anteil der übrigen Kapitalanlagen (inkl. festverzinslicher Anlagen mit Nachrang) blieb mit 0,4 % (Vj. 0,4 %) unverändert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns besteht aus der gemäß § 193 VAG zu bildenden Verlustrücklage in Höhe von 21,1 Mio. EUR.

Deckungsrückstellung und Risikoverlauf

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 wurde eine Deckungsrückstellung in Höhe von 1.749,7 Mio. EUR gebildet.

Die der Berechnung der Deckungsrückstellung zugrunde liegenden aktuariellen Annahmen werden jährlich im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens für jede Pensionskasse überprüft und – soweit notwendig – angepasst, um angemessene Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen zu gewährleisten.

Um die im Neubestand eingegangenen Zinsverpflichtungen auch in einem Kapitalmarktumfeld mit niedrigem Zinsniveau erfüllen zu können, ist die Deckungsrückstellung gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit dem Referenzzins zu ermitteln, sofern dieser unterhalb des garantierten Rechnungszinses liegt. Der Referenzzins

entspricht dabei dem zehnjährigen Mittel von Null-Kupon-Euro-Zinsswapsätzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Er lag zum 31. Dezember 2016 bei 2,54 %. Der höchste im Neubestand der Konzernunternehmen verwendete Rechnungszins beträgt 3,25 %. Dementsprechend wurde zum 31. Dezember 2016 für den Neubestand eine Zinszusatzreserve in Höhe von 10,0 Mio. EUR gebildet. Für den Altbestand der VERKA PK, der mit einem Rechnungszins von 3,5 % begründet wurde, wurden in den Geschäftsplan zur DeckRV analoge Regelungen zur Bildung einer Zinszusatzreserve aufgenommen. Dementsprechend wurde hier eine Zinszusatzreserve zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 33,5 Mio. EUR gebildet.

Liquidität

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten betrug 4,9 % der gesamten Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag. Der entsprechende Betrag in Höhe von 94,0 Mio. EUR, von dem 30,6 Mio. EUR reserviert waren für die Auszahlung aufgrund einer planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2016 im Januar 2017, war in kurzfristige Festgelder bei einem deutschen Kreditinstitut angelegt. Weitere 4,1 Mio. EUR lagen zum Bilanzstichtag in Form von laufenden Guthaben vor. Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätslage, der Fälligkeitsstruktur und Liquidität des Kapitalanlagenbestands insgesamt – bei den Anlagen handelt es sich überwiegend um kurzfristig liquidierbare Wertpapiere bzw. Investmentanteile – sowie der Liquiditätsplanung, die sämtliche planmäßigen Cashflows der nächsten zehn Jahre beinhaltet, wird die Liquiditätssituation der Konzernunternehmen als angemessen angesehen, so dass die Konzernunternehmen jederzeit in der Lage waren und sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Personal- und Sozialbericht

Am 31. Dezember 2016 waren 64 (Vj. 63) Mitarbeiter/innen im Konzern angestellt. Das Durchschnittsalter beträgt 45 Jahre (Vj. 44 Jahre). Teilzeitvereinbarungen bestanden mit 16, Altersteilzeitvereinbarungen mit zwei Mitarbeiter/innen, von denen sich zwei in der Freistellungsphase befinden.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbundes gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz, ihre Initiative und ihre Leistungen. Sie haben die Aktivitäten des VERKA VK in einem anspruchsvollen Umfeld mit großem Engagement erfolgreich gestaltet.

Risikobericht

Das Risikomanagementsystem des Konzerns dient der frühzeitigen Erkennung aller wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Wirtschaftslage des Konzerns auswirken oder dessen Fortbestand insgesamt gefährden könnten.

Ziele des Risikomanagements und Risikopolitik

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität des Konzerns auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik des Konzerns ist ein konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken, wobei im Zweifel das Vorsichtsprinzip gilt – Sicherheit vor Ertrag. Gleichzeitig sind stabile Erträge notwendig, um die garantierten Leistungen sicherzustellen und die

Eigenmittelbasis und somit die Risikotragfähigkeit langfristig weiter verstärken zu können. Daher wird angestrebt, stets solche Geschäfte zu tätigen, die bei begrenzter Risikoexposition ein optimales Risiko-Ertrags-Verhältnis aufweisen.

Prozesse und Verfahren des Risikomanagements

Das zentrale Risikomanagement definiert Methoden und Verfahren für die qualitative und quantitative Erfassung der Risiken und ist auf Ebene der Einzelunternehmen sowie des Konzerns für die Risikoüberwachung, die Gesamtrisikosteuerung und die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur werden alle Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage wesentlich beeinflussen können, durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche identifiziert und mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements analysiert und quantifiziert. Hierzu werden zu jedem Risiko Bewertungen hinsichtlich des möglichen Schadenausmaßes und der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten vorgenommen. Für die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen werden ggf. entsprechende Schwellenwerte vorgegeben. Im Sinne einer aktiven Risikosteuerung werden konkrete Gegenmaßnahmen festgelegt, um die aus den Einzelrisiken resultierenden Risikopotenziale wirksam zu reduzieren. Im Rahmen des entwickelten Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt neben der quartalsweise stattfindenden Risikoinventur eine monatliche Analyse und Bewertung der Kapitalanlageerisiken durch das Risikomanagement.

Eine Beurteilung und transparente Kommunikation der im Risikomanagementprozess abgeleiteten Gesamtrisikolage findet regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, für jedes Einzelunternehmen im Rahmen eines Risikokomitees statt. Diesem gehören neben dem Vorstand und Risikomanagement auch die dezentralen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche an. Das Risikomanagement des Konzerns wird ständig weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, und wird hinsichtlich seiner Effektivität und Angemessenheit mindestens im jährlichen Turnus durch die Interne Revision geprüft. Die Steuerung von Solvabilität und Risikotragfähigkeit erfolgt separat für jedes Einzelunternehmen, womit im Ergebnis auch die Risikotragfähigkeit des Konzerns gegeben ist.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken treten beim Konzern vor allem in Form von biometrischen Risiken auf, wobei das Langlebigerisikolage eine zentrale Rolle einnimmt. Die übernommenen biometrischen Risiken werden ständig beobachtet und durch aktuarielle Tarifierung und eine vorsichtige Reservierungspolitik gesteuert. Darüber hinaus wird zur Absicherung biometrischer Risiken das Instrument der Rückversicherung eingesetzt. Bei der Einführung neuer Tarife oder der Entwicklung neuer Produkte werden im Rahmen der etablierten Produkteinführungsprozesse umfangreiche Risikoanalysen durchgeführt. Aus heutiger Sicht erscheinen die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Aus der Versicherungstechnik können außerdem Kostenrisiken und Stornorisiken resultieren, die ebenfalls bei der versicherungsmathematischen Kalkulation Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die Versicherungsbestände des VERKA VK ist auch zukünftig von einem mindestens ausgeglichenen Verwaltungskostenergebnis auszugehen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass mit der Umstellung der Versicherungsbestände auf das Angebotsmodell „Vorsorgeverwaltung“ die Rechnungsgrundlagen für alle relevanten Ergebnisquellen (Kapitalanlageergebnis, Risikoergebnis, übriges Ergebnis) besonders vorsichtig gewählt sind. Im Hinblick auf die in einigen

Teilversicherungsbeständen der VERKA PK in der Vergangenheit beobachtete Verwaltungskostenunterdeckung wurde in den vergangenen Jahren sukzessive eine entsprechende zusätzliche Verwaltungskostenrückstellung gebildet, welche die erwartete zukünftige Entwicklung des Kostenergebnisses dieser Teilbestände reflektiert. Aus heutiger Sicht erscheinen die entsprechend verwendeten Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Im Gegensatz zu den meisten Lebensversicherungsunternehmen und vielen Pensionskassen liegt den Teilbeständen der Tochtergesellschaft VERKA PK kein über 3,5 % liegender Garantiezins zugrunde. Durch den wachsenden Anteil des mit einem niedrigeren Garantiezins unterlegten Neugeschäfts wird die passivseitige Zinsanforderung der VERKA PK sukzessive weiter abnehmen, so dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen auch in einem Umfeld vergleichsweise niedriger Zinsen eher sichergestellt werden kann. Aufgrund des weiterhin extrem niedrigen Zinsniveaus musste die Zinszusatzreserve – wie erwartet - auch im Jahr 2016 deutlich erhöht werden. Für die Folgejahre ist ein weiterer Aufbau der Zinszusatzreserve zu antizipieren, da der für die Ermittlung der Zinszusatzreserve zu betrachtende Referenzzinssatz weiter deutlich rückläufig ist. Mit dem Ziel der Entlastung der Versicherungsunternehmen bezüglich der Aufwände zur Zinszusatzreserve, werden von Seiten der BaFin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Aktuar Vereinigung neuartige Methoden zur Bestimmung des Referenzzinses diskutiert. Wesentlicher Inhalt dieser Methoden ist eine Dämpfung der Referenzzinssatzentwicklung. Unter der Annahme eines über die kommenden Jahre anhaltend niedrigen Zinsumfeldes kann die Zinszusatzreserve so zwar nicht vermieden werden, es wird aber eine Verteilung der Aufwände auf einen längeren Zeitraum erreicht, was eine Finanzierung der Zinszusatzreserve erleichtert. Ob und wann eine der diskutierten Methoden eingeführt wird und welche Ausgestaltung endgültig gewählt wird, ist zu dem aktuellen Zeitpunkt aber noch unklar.

Für das Neugeschäft der Tochtergesellschaft VERKA PK gilt bereits ab dem Jahr 2015 ein reduzierter Rechnungszins von 1,25 %, wodurch die durchschnittliche Zinsanforderung bei entsprechendem Neugeschäft noch etwas schneller zurückgehen wird. Für das Jahr 2017 sieht das Bundesministerium eine weitere Senkung des Höchstrechnungszinses auf 0,9 % vor. Die Beschlussfassung hierzu erfolgte im Mai 2016. Unter Vorsichtigkeitsgesichtspunkten hat sich die Tochtergesellschaft VERKA PK dazu entschieden, den mit der Einführung der neuen Tarifgeneration ab 01. Januar 2017 zugrundeliegenden Rechnungszins, über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinaus, auf 0,5 % zu senken. Dem Risiko eines – über einen längeren Zeitraum anhaltenden - Niedrigzinsumfeldes kann so besser Rechnung getragen werden, da Zinsgarantierisiken aus dem Neugeschäft noch stärker reduziert werden. Auch wird die rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Zinsanforderung des Bestandes weiter unterstützt. Für die Zukunft sollen im Rahmen der verfolgten Produktstrategie der Tochtergesellschaft VERKA PK die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein. Angestrebt wird die Einführung fondsgebundener Versicherungsprodukte, die mit möglichst minimalen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein sollen.

Im Rahmen der Finalisierung der strategischen Neuausrichtung führte die Neugestaltung der Vertragsbeziehungen mit den Landeskirchen im Ergebnis auch zu einer deutlichen Reduzierung der Garantiezusagen für den Bestand und das Neugeschäft des Mutterunternehmens VERKA VK. Dem überwiegenden Teil der Bestände des Mutterunternehmens VERKA VK liegt damit ein Rechnungszins von 0,5 % während der Aufschubzeit bzw. maximal 1,25 % während der Rentenbezugsphase (für das Neugeschäft 0,9 %) zugrunde. Hierdurch wird die Notwendigkeit eine Zinszusatzreserve für die

Bestände des Mutterunternehmens VERKA VK aufbauen und finanzieren zu müssen erheblich reduziert. Allein ein überschaubarer Restbestand unterliegt einem Rechnungszins von 2,25 %, welcher aber aufgrund seines Umfangs als unproblematisch eingestuft wird.

Im Rahmen der durchgeführten Asset-Liability-Management-Studien konnte bestätigt werden, dass – ohne Berücksichtigung der Zinszusatzreserve – alle Einzelunternehmen und somit auch der Konzern grundsätzlich auch in vorübergehenden Niedrigzinsphasen in der Lage sind, die bestehenden Zinsanforderungen darzustellen. Dies gilt nach der Umstellung des größeren Teils der Bestände des Mutterunternehmens VERKA VK auf das Angebotsmodell „Vorsorgeverwaltung“ in deutlich verstärktem Maße. Die Finanzierung des Aufbaus der Zinszusatzreserve bei den Beständen der Tochtergesellschaft VERKA PK, die zu einer deutlichen mittelfristig wirkenden Reduzierung der Zinsanforderung führt, erzeugt allerdings kurzfristig erhebliche Aufwände, welche nur mit Unterstützung des Mutterunternehmens VERKA VK getragen werden können.

Marktrisiken

Die Kapitalanlage des Konzerns ist mit Marktrisiken wie dem Aktienrisiko, Immobilienrisiko und Zinsänderungsrisiko verbunden. Währungsrisiken spielen aufgrund der Fokussierung auf Anlagen in der Eurozone eine untergeordnete Rolle bzw. werden im Rahmen von Fondsmandaten mit globaler Ausrichtung durch vereinbarte Absicherungsstrategien überwiegend ausgeschlossen. Zur Quantifizierung, Analyse und Steuerung der Marktrisiken sowie zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit kommen interne und aufsichtsrechtliche Stresstests, Szenarioanalysen, Risikotragfähigkeitsbetrachtungen und Asset-Liability-Studien zum Einsatz. Für die innerhalb von Wertpapier-Sondervermögen bestehenden Aktienrisiken bestehen effektive Absicherungsmaßnahmen, um die Risikotragfähigkeit des Konzerns nachhaltig zu sichern. Der Aktienspezialfonds ist mit einer optimierten langfristig ausgerichteten Absicherungsstrategie ausgestattet, welche auf einer volatilitätsabhängigen Steuerung der Aktienquote aufbaut und dazu passend konstruierte Optionen einsetzt. Der Absicherungsgrad wird unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen regelmäßig angepasst. Das aus Wandelanleihen implizit resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines dynamischen Wertsicherungskonzepts unter Berücksichtigung einer fest vorgegebenen Wertuntergrenze gesteuert und effektiv begrenzt. Allein der Dach-Hedge-Fonds wird ungesichert im Portfolio geführt, was aber im Hinblick auf das überschaubare Volumen als vertretbar erscheint. Unter Berücksichtigung bestehender Sicherungsmaßnahmen resultiert per 31. Dezember 2016 eine ökonomische Aktienquote 5,5 % (Buchwerte).

Die mit dem problembehafteten Gewerbeimmobilienfonds Sireo gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade im Immobilienbereich der Kompetenz des Fondsmanagements eine besonders hohe Bedeutung zukommt und dass die Annahme der Wertstabilität von Immobilienanlagen vor allem dann realistisch ist, wenn entsprechende Fondseengagements in dieser Assetklasse professionell bewirtschaftet werden. Anstelle des inzwischen abgewickelten Sireo-Immobilienfonds sollen die Beteiligungen an zwei anderen Immobilienspezialfonds weiter aufgebaut werden. In einem der beiden Fonds liegt der Schwerpunkt auf europäischen Budgethotellimmobilien; das andere Engagement konzentriert sich auf globale Gewerbe- und Handelsobjekte.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch heben sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven

spätestens bei Fälligkeit wieder auf. Neben dem Direktbestand bestehen Investitionen in vier Rentenspezialfonds mit Schwerpunkt auf EUR-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen.

Die Zinssensitivität des Bestandes der verzinslichen Anlagen ist in Anbetracht einer durchschnittlichen gewichteten modifizierten Duration von 7,4 als moderat zu bezeichnen. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 117,7 Mio. EUR sinken bzw. steigen, wobei hier insofern vereinfacht gerechnet wurde, als dass Besonderheiten von im Bestand befindlichen, insbesondere von der Zinskurvensteilheit abhängigen strukturierten Produkten nicht berücksichtigt wurden.

Vor dem Hintergrund des weiter verschärften sehr niedrigen Zinsniveaus bestehen mittelfristig erhebliche Wiederanlagerisiken, welche die Ertragssituation des Konzerns in zukünftigen Jahren spürbar belasten können, sofern das extreme Niedrigzinsumfeld noch über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben sollte. Im Zusammenhang mit der limitierten Risikotragfähigkeit sind die Möglichkeiten, sich dem negativen Einfluss der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die mittelfristige Entwicklung des Ertragspotenzials des Kapitalanlageportfolios zu entziehen, naturgemäß begrenzt.

Zur Erhöhung der Diversifikation über die verschiedenen Assetklassen hinweg und somit zur Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles haben sich die Konzernunternehmen in den vergangenen Jahren in neuen Investments verstärkt im Bereich nachhaltiger alternativer Anlagen engagiert. Ziel ist, von den guten Ertragschancen sowie der niedrigen Korrelation zu den Erträgen und zur Wertentwicklung gewöhnlicher Assetklassen zu profitieren. So bestehen Engagements in den Bereichen Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Windenergieanlagen), Wald und Infrastruktur. Auch im Jahr 2016 wurden die portfoliooptimierenden Maßnahmen durch einen weiteren Ausbau alternativer Investments fortgesetzt, die das bereits bestehende Gesamtrisikoportfolio des Kapitalanlagenportfolios unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten möglichst effektiv diversifizieren sollen. Komplettiert werden die Maßnahmen durch die Beteiligung bei einem breit diversifizierten Dach-Hedgefonds sowie Investments in zwei Fonds, welche mittels eigenkapitalorientierten Instrumenten in deutsche mittelständische Unternehmen investieren.

Die im Bestand befindlichen einfach strukturierten Zinsprodukte werden im Rahmen des Kapitalanlagenrisikomanagements einer besonders detaillierten Analyse unterzogen. Abhängig von den Kapitalmarktparametern kann die Risikosteuerung hierbei beispielsweise durch risikomindernde Restrukturierungen strukturierter Schuldscheindarlehen oder Verkäufe der betreffenden Papiere erfolgen – entsprechende Opportunitäten werden regelmäßig geprüft. Trotz der bereits vorgenommenen Restrukturierungen besteht für die bisher noch nicht angepassten variablen Zinskuponphasen der Steepener-Schuldscheindarlehen weiterhin das Risiko einer Nullverzinsung. Im abgelaufenen Berichtsjahr hat sich die bestehende Risikokonzentration im Bereich der Steepener jedoch durch zwei Verkäufe und eine Kündigung deutlich reduziert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken bestehen für den Konzern in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten, Geschäftsparteien und anderen Schuldern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und

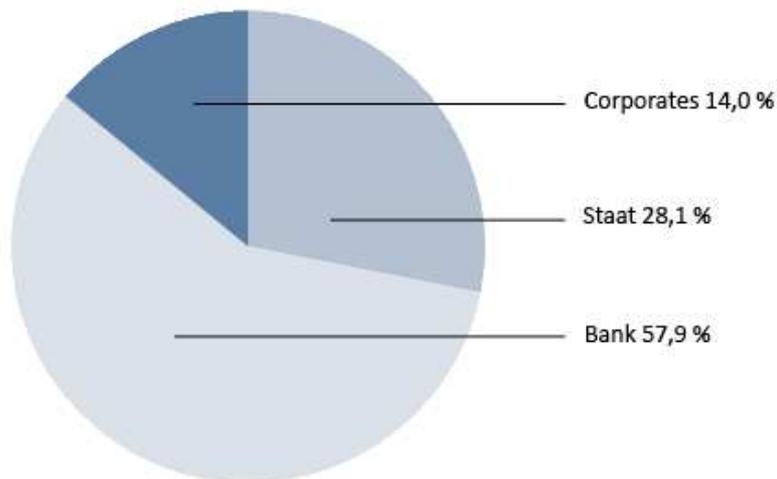
Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere mit Investment-Grade-Rating beschränkt. Durch die bestehenden Spezialfondsmandate mit Schwerpunkten auf Euro-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen wird eine breite Diversifikation erreicht.

Bei der strategischen Ausrichtung des Portfolios an festverzinslichen Anlagen steht auch eine sukzessive Reduzierung der Financial Exposures weiterhin im Blickpunkt. Bei den Neuanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Credit Spreads in vielen Asset Klassen inzwischen so stark gefallen sind, dass eine adäquate Risikoprämie für die übernommenen Bonitätsrisiken oftmals nur noch eingeschränkt oder gar nicht gegeben ist. Vor diesem Hintergrund setzt der Konzern seine Strategie einer Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fort und setzt hierbei verstärkt auf alternative Anlageklassen bzw. alternative Anlageregionen, wodurch die Diversifikation der Kreditrisiken weiter verbessert wird. Investitionen in Debt- und Equity-Finanzierungen von Alternative-Energie-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern, europäische Senior Secured Floating Rate Loans oder auch Fremdfinanzierung von Unternehmensübernahmen ("Leveraged Buy Out" / LBO) ergänzen das Anlageuniversum sinnvoll und erhöhen die Diversifikation innerhalb dieser Anlageklasse.

Die Ratingstruktur des Kapitalanlagenbestandes mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2016 wie folgt dar; bei den nicht gerateten Anlagen handelt es sich weit überwiegend um Immobilienanlagen, Beteiligungen, Infrastrukturinvestments sowie Grundschulddarlehen:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	Anteil %
	AAA	158,9	8,3
	AA+	92,4	4,8
	AA	76,9	4,0
	AA-	132,3	6,9
AAA bis AA-		460,5	23,9
	A+	127,9	6,6
	A	136,3	7,1
	A-	262,4	13,6
A+ bis A-		526,6	27,3
	BBB+	196,6	10,2
	BBB	315,1	16,4
	BBB-	128,6	6,7
BBB+ bis BBB-		640,3	33,3
Investmentgrade		1.627,4	84,5
	BB+	39,5	2,0
	BB	31,6	1,6
	BB-	10,3	0,5
BB+ bis BB-		81,4	4,2
	B+	14,1	0,7
	B	4,2	0,2
	B-	4,5	0,2
	CCC-C	0,0	0,0
B+ bis CCC-C		22,8	1,2
Non-Investmentgrade		104,2	5,4
Non rated		193,9	10,1
Summe		1.925,5	100,0

Der Bestand der verzinslichen Anlagen ohne Einlagen bei Kreditinstituten wie Tagesgeldern und anderen kurzfristigen Termingeldern (Inhaberschuldverschreibungen einschließlich indirekter Anlagen in Spezial-Sondervermögen, Schuldscheindarlehen inkl. Credit-Linked-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) verteilt sich per 31. Dezember 2016 wie folgt auf die unterschiedlichen Emittentenklassen:



Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgeldanlagen betrug per 31. Dezember 2016 4,8 % des Vermögens, wodurch eine flexible Disposition gewährleistet ist.

Marktliquiditätsrisiken werden im Anlageprozess des Konzerns berücksichtigt, indem in Abhängigkeit von der Liquiditätsplanung im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Marktege in einzelnen Assetklassen gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und Bewertung operativer Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, die eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren. Zur Bewältigung von Notfällen und Krisen wird eine umfassende Notfall- und Kontinuitätsplanung als unverzichtbar angesehen, damit die Kontinuität der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme auf Gesamtunternehmensebene jederzeit

gewährleistet ist. Hierbei sind auch die in Krisensituationen notwendigen Organisations-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen festzulegen.

Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess des Konzerns einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt. Die im Kapitalanlagenportfolio befindlichen einfach strukturierten Steepener-Schuldscheindarlehen, deren Kuponzahlungen in zukünftigen Jahren variabel und von der Steilheit der Zinskurve abhängig sind, stellen aufgrund des relativ hohen Investitionsvolumens eine bedeutsame Risikokonzentration im Hinblick auf Zinsausfallrisiken dar. Im abgelaufenen Berichtsjahr wurde diese Risikokonzentration deutlich reduziert – siehe hierzu die Erläuterungen unter „Marktrisiken“.

Im Zusammenhang mit der fortlaufenden strategischen Weiterentwicklung des Unternehmensverbundes werden die damit verbundenen strategischen Risiken beleuchtet, denen nach Einschätzung des Vorstandes überproportionale Chancen für die zukünftige Geschäftsentwicklung gegenüberstehen sollten. Besonderes Risikobewusstsein ist in Bezug auf die Erfüllung der Anforderungen unserer kirchlichen Kunden erforderlich. Auch zukünftig gilt es, die Vereinsmitglieder des VERKA VK als Hauptkunden und Träger des Unternehmensverbunds mit ihren spezifischen Bedürfnissen in den Mittelpunkt strategischer Überlegungen zu stellen. Der Vorstand ist zuversichtlich, mit auf die Kundenbedürfnisse abgestimmten weiterentwickelten Produkten zusätzliches Neugeschäft akquirieren zu können, wodurch die Tragfähigkeit des Unternehmensverbundes für die Zukunft entscheidend gestärkt wird.

Als alleiniger Aktionär der VERKA PK hat der VERKA VK eine besondere gestaltende Rolle und Verantwortung. Die Stabilität und die Werthaltigkeit der Tochtergesellschaft können mittelfristig nur sichergestellt werden, wenn auch die VERKA PK über eine eigene erfolgsversprechende Geschäftsstrategie verfügt. Bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie der VERKA PK sind strategische Rahmenbedingungen zu beachten, welche sich auch aus den Interessenlagen der Vereinsmitglieder des Aktionärs VERKA VK ergeben. Im Sinne des Aktionärs sollte das Neugeschäft mit möglichst minimalen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein. Diese Anforderungen korrespondieren mit den im Bestandsgeschäft gewonnenen Erfahrungen, dessen Geschäftsentwicklung derzeit von den Aufwänden zur Bildung einer Zinszusatzreserve überlagert und dominiert wird. Daher sollen im Rahmen der Produktstrategie die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft der VERKA PK so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein.

Asset-Liability-Management

Zur bilanziellen Steuerung der zwischen versicherungstechnischen Risiken und Kapitalanlagerisiken bestehenden Wechselwirkungen ist ein wirksames Asset-Liability-Management (ALM) unverzichtbar. Das ALM des Konzerns verfolgt das Ziel, die jederzeitige Erfüllung der bilanziellen Erfordernisse (Zinsgarantierisiko) sowie der aufsichtsrechtlichen Regelungen (insbesondere Solvabilität, Stresstest) mit einem höchstmöglichen Maß an Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Der Konzern hat einen stringenten ALM-Ansatz implementiert, der eine detaillierte Analyse der zukünftigen Unternehmensentwicklung ermöglicht. Die ALM-Studien dienen als wesentlicher Ausgangspunkt für die Ableitung einer optimierten Kapitalanlagestrategie und liefern wertvolle Impulse für eine ständige Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf Gesamtportfolioebene, woraus eine weitere Stabilisierung der Risikotragfähigkeit resultiert. Vor dem Hintergrund der erhöhten Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Zinsstrukturkurve richtet der Konzern seinen Fokus im Asset-Liability-Management auch auf die Analyse verschiedener Extremszenarien (z. B. anhaltende Niedrigzinsphase, Inflation) und leitet entsprechende Maßnahmen für eine optimierte Unternehmenssteuerung ab. Darüber hinaus liefern die ALM-Studien wesentliche Erkenntnisse für die Entwicklung optimierter Produkte sowie für die Verfolgung einer nachhaltigen Eigenmittelstrategie.

Die Ergebnisse der ALM-Studien und daraus abgeleitete konkrete Handlungsempfehlungen werden im ALM-Komitee, in welchem neben dem Vorstand die Führungskräfte aus den Bereichen Kapitalanlagen, Versicherungsmathematik, Risikomanagement und Rechnungswesen sowie der Verantwortliche Aktuar vertreten sind, ausführlich erörtert.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem des Konzerns werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die den Fortbestand des Konzerns substantiell bedrohen.

Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 164,3 % per 31. Dezember 2016 (per 31. Dezember 2015 192,9 %) verfügt der Konzern über eine erwartungsgemäß rückläufige, aber stabile Eigenmittelausstattung. Im laufenden Jahr ist nochmals von einer leicht rückläufigen Solvabilitätsquote auszugehen, da im Zusammenhang mit der planmäßigen Überführung der Bestände der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers weitere RfB-Abrufe erwartet werden. Mittelfristig sollte die abgeschlossene strategische Neuausrichtung des VERKA VK dazu führen, dass sich die Risikotragfähigkeit auf gestärktem Niveau stabilisiert und weiter verbessern kann.

Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2016 für alle Konzernunternehmen mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben.

Prognosen- und Chancenbericht

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Sowohl Analysten als auch Wirtschaftswissenschaftler verweisen mit Blick auf das begonnene Jahr 2017 übereinstimmend auf drei Themen, die uns in diesem Jahr begleiten dürften: der weiter um sich greifende Populismus in der Politik, die mögliche Rückkehr der Inflation und die erwartete Ablösung des Primats der Geldpolitik durch die Fiskalpolitik. Vor allem in den USA könnte die neugewählte Regierung das an die Notenbank verlorene Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Damit würde die Entwicklung an den Kapitalmärkten wieder stärker von fundamentalen Faktoren wie Wirtschaftswachstum und Unternehmensgewinnen getragen. Steigende Zinsen wären dann Ausdruck eines zunehmenden Konjunkturoptimismus und einer Rückkehr zur Normalität. Auch in Europa richtet sich die Hoffnung auf die Fiskalpolitik, nachdem erkennbar ist, dass die Geldpolitik mit ihrem Instrumentarium letztlich alle Möglichkeiten ausgereizt hat und mit weiteren Maßnahmen überfordert wäre. Eigentlich wäre seit längerem die Strukturpolitik gefordert, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Wachstumsschwäche zu überwinden. Die nur zögerliche Umsetzung von Reformen schwächt das Wachstum und fördert so letztlich das Erstarken populistischer Parteien, deren Einfluss wiederum die Umsetzung weiterer Reformen erschwert. Das lange Zeit drohende Gespenst einer Deflation ist dagegen endgültig vom Tisch. Steigende Rohölpreisenotierungen treiben die Inflationsraten in den USA in Richtung 3 %-Marke und auch in der Eurozone hat sich die Inflationsrate seit einiger Zeit oberhalb der 1 %-Schwelle festgesetzt und zeigt zunehmend steigende Tendenz.

Getragen von einer ohnehin stabilen konjunkturellen Entwicklung in den USA wird sich das Wirtschaftswachstum durch die geplanten Konjunkturprogrammen der neuen Regierung und möglicher Steuererleichterungen kurz- bis mittelfristig noch weiter verstärken. Analysten gehen derzeit von einer Wachstumsrate von 2,4 % für 2017 aus, nachdem diese in 2016 mit 1,6 % noch vergleichsweise mager ausgefallen war. Für 2018 dürfte die Wachstumsrate dann sogar bei knapp 3 % liegen. Die anziehende Inflation begrenzt dabei allerdings den Zuwachs der real verfügbaren Einkommen und dürfte die Notenbank zu weiteren Zinsschritten veranlassen. In der Eurozone wird für die kommenden zwei Jahre ein insgesamt solides Wachstum in etwa auf der Höhe des langfristigen Trends von 1,5 % erwartet.

Die Anlagemöglichkeiten im Zinsbereich werden für renditeorientierte Investoren auch in 2017 voraussichtlich stark beschränkt bleiben. Ein deutlicher Zinsanstieg ist in der Eurozone mit Blick auf das andauernde Anleihenkaufprogramm der EZB bis auf weiteres nicht zu erwarten. Für die USA wird zwar ein etwas optimistischeres Bild gemalt. Angesichts hoher Bewertungen und steigender Inflationsraten wird es zwischenzeitlich voraussichtlich zu erhöhter Unsicherheit an den Rentenmärkten kommen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sind die Aussichten für die Lebensversicherungswirtschaft und insbesondere die betriebliche Altersversorgung als weiterhin eher moderat einzuschätzen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit politische Absichtserklärungen zur Sicherung der Rentenniveaus und zur Abwendung drohender Altersarmut durch gesetzgeberische Maßnahmen wie das Betriebsrentenstärkungsgesetz der Branche zusätzliche Impulse verleihen können. Der Wille der Bevölkerung zur Sicherung der eigenen Versorgungsziele ist jedoch ein gewisser Garant dafür, dass die Sparquote zumindest stabil oder weiter leicht ansteigen sollte. Es ist festzuhalten, dass die immer geringer ausfallenden bzw. bereits wegfallenden Garantiekomponenten den Produkten der Altersvorsorge keinen nachhaltigen Schaden zufügen konnten und im Gegenzug das Neugeschäft mit garantierten Versprechen des Erreichens einer gewissen Zielrente noch beflügeln. In den

Altbeständen fordert das anhaltende Niedrigzinsniveau die Branche immer stärker heraus, die abgegebenen Garantien und Versorgungszusagen mit höheren Risikoaufschlägen bei den Kapitalanlagen zu „erkaufen“, da die klassischen Kapitalanlagen zunehmend weniger Rendite „abwerfen“. Letztlich bleibt aber abzuwarten, ob die erzielbaren Renditen das erhöhte Risiko rechtfertigen. Der Aufbau der gesetzlich vorgeschriebenen Zinszusatzreserve wird in diesem Zusammenhang als immer bedrohlicher angesehen und verlangt nach politischen Lockerungen. Diese dürften allerdings frühestens von der nächsten Bundesregierung zu erwarten sein.

In der Zwischenzeit führt die anhaltende Niedrigzinsphase allerdings für die Lebensversicherungsunternehmen sowie Pensionskassen zu einer immer stärkeren finanziellen Belastung in ihren Altbeständen. Die Systematik der Zinszusatzreserve, die für die Versicherten eine zusätzliche Absicherung ihrer Alterseinkünfte bedeutet, führt dazu, dass jedes Jahr höhere Aufwendungen zu finanzieren sind. Branchenweit wird dieser Aufwand für 2017 auf über 20 Mrd. EURO geschätzt, wenn der Referenzzinssatz erwartungsgemäß weiter auf ca. 2,20 % absinkt.

Entwicklung der Konzerngesellschaften

Analog zur Branchenentwicklung sind die Gesellschaften des VERKA-Verbundes derzeit dabei, Produkte mit nur noch geringen oder gänzlich ohne Garantiekomponenten zu entwickeln und zu vermarkten.

Der VERKA VK sieht weiterhin großes Potential bei den Landeskirchen im Hinblick auf die Unterstützung bei der Verwaltung von Geldern für die Altersversorgung und darüber hinaus. Entsprechend wird daran gearbeitet, hierzu geeignete Produkte für die Landeskirchen anzubieten. Gespräche mit einzelnen Landeskirchen sind in einem fortgeschrittenen Stadium.

Im Rahmen der Überarbeitung ihrer gesamten Geschäftsstrategie plant die VERKA PK zurzeit eine deutliche Forcierung ihrer Produkt-, Bestands- und Vertriebsaktivitäten noch im kommenden Geschäftsjahr. Aus dem angekündigtem Betriebsrentenstärkungsgesetz, das noch im Frühjahr 2017 vom Bundestag verabschiedet werden soll, lassen sich vielfältige Ansatzpunkte für die Gestaltung neuer Produkte mit Zielrenten und ohne Garantien ableiten. Die Gesellschaft sieht hier erhebliches Vertriebspotential sowohl im Bereich der Bestandskunden als auch darüber hinaus. Mit der bereits noch im kommenden Jahr geplanten Implementation eines Online-Portals sollen zudem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern einen leichteren Zugang zur Gesellschaft zu ermöglichen und künftig elektronisch zu kommunizieren.

Aufgrund der Umstellung der Rückdeckungsverträge mit den Landeskirchen und der EKD ist die VERKA VK im Gegensatz zur VERKA PK derzeit direkt nicht von der Notwendigkeit der Bildung einer Zinszusatzreserve betroffen, da die Garantiezinsen (0,5 % für Anwärter und 1,25 % für Rentner) weit unterhalb dieses Referenzzinssatzes liegen. Gleichwohl wird sie über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der VERKA PK von den dort steigenden Aufwendungen indirekt getroffen, die diese Gesellschaft nicht aus eigener finanzieller Kraft verkraften kann.

Ausgehend von den Erwartungen der einzelnen Konzerngesellschaften rechnen wir auf Ebene des Konzerns mit leicht sinkenden laufenden Beiträgen und Rentenleistungen, moderat erhöhten Verwaltungsaufwendungen sowie mit einem leicht rückläufigen Kapitalanlageergebnis. Aufgrund der bereits erwähnten weiteren finanziellen Belastungen aus der Bildung der Zinszusatzreserve bei der VERKA PK und weiter rückläufigen Zinserträgen als Folge des Niedrigzinsniveaus rechnet der

Konzern mit einem insgesamt leicht rückläufigen Konzernrohüberschuss. Das Konzernergebnis wird ausgeglichen sein.

Konzernabschluss

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				1.252.174,64	300
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			1.325.436,55		1.114
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00			0
2. Beteiligungen		53.101.065,83			44.303
			53.101.065,83		44.303
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		908.254.102,55			907.060
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		127.775.708,76			120.637
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		8.703.923,16			10.670
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	327.382.782,05				310.139
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	402.853.740,09				492.854
c) Übrige Ausleihungen	422.710,01				423
		730.659.232,15			803.416
5. Einlagen bei Kreditinstituten		94.028.387,33			91.381
6. Andere Kapitalanlagen		1.667.543,64			1.788
			1.871.088.897,59		1.934.952
				1.925.515.399,97	1.980.369
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			591.929,66		879
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			50.643,15		63
III. Sonstige Forderungen					
davon:					
an verbundene Unternehmen: 0,00 EUR (Vj. 0,00 EUR)					
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 684.137,86 EUR (Vj. 580.070,52 EUR)			3.326.651,25		1.987
				3.969.224,06	2.929
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			259.550,00		212
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			4.148.868,30		2.179
III. Andere Vermögensgegenstände			5.774.264,01		5.879
				10.182.682,31	8.270
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			14.238.278,71		15.218
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			151.827,72		146
				14.390.106,43	15.364
Summe der Aktiva				1.955.309.587,41	2.007.232

PASSIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Eigenkapital					
I. Gewinnrücklagen					
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG				21.090.478,61	20.779
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Beitragsüberträge			627.882,92		633
II. Deckungsrückstellungen			1.749.693.581,78		1.738.723
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			1.258.638,44		905
IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			155.625.092,21		219.288
				1.907.205.195,35	1.959.549
C. Andere Rückstellungen					
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			4.589.442,00		4.555
II. Steuerrückstellungen			65.061,53		831
III. Sonstige Rückstellungen			899.160,15		954
				5.553.663,68	6.340
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:					
1. Versicherungsnehmern		19.487.043,86			18.467
2. Versicherungsvermittlern		161.398,20			197
			19.648.442,06		18.664
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			101.627,81		115
III. Sonstige Verbindlichkeiten					
davon:					
aus Steuern:					
66.787,31 EUR (Vj. 69.433,94 EUR)					
im Rahmen der sozialen Sicherheit:					
5.948,05 EUR (Vj. 7.137,66 EUR)			1.695.064,07		1.768
				21.445.133,94	20.547
E. Rechnungsabgrenzungsposten				15.115,83	17
Summe der Passiva				1.955.309.587,41	2.007.232

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	44.834.740,64			83.925
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	168.253,82			189
		44.666.486,82		83.736
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		5.253,51		2
			44.671.740,33	83.738
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			76.891,71	160
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		1.640.672,94		1.594
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	216.329,64			216
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	54.802.747,48			60.792
		55.019.077,12		61.008
c) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		335
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.166.881,44		11.412
			57.826.631,50	74.349
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13.169,04	11
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	54.069.943,18			53.310
bb) Anteil der Rückversicherer	24.586,92			63
		54.045.356,26		53.247
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		353.490,21		221
			54.398.846,47	53.468
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			10.971.180,70	-29.170
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			30.271.927,32	98.704
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	862.604,20			777
b) Verwaltungsaufwendungen	1.633.842,25			1.558
		2.496.446,45		2.335
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		35.162,09		-3
			2.461.284,36	2.338
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		947.459,82		1.046
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		438.227,21		9.606
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		969.351,96		0
			2.355.038,99	10.652
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			480.080,88	17.624
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.650.073,86	4.642
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		1.162.998,53		887
2. Sonstige Aufwendungen		2.808.974,51		3.540
			-1.645.975,98	-2.653
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.097,88	1.989
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-316.664,34	985
5. Sonstige Steuern			9.482,79	10
6. Konzernjahresüberschuss			311.279,43	994
7. Einstellungen in die Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			311.279,43	994
8. Konzernbilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0</u>

Konzernanhang

Grundsätze

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben

Grundsätze

Angaben zum Mutterunternehmen

Mutterunternehmen ist der VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG mit Sitz in Berlin. Das Mutterunternehmen ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 71095 registriert.

Aufstellung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie nach den einschlägigen Vorschriften des § 152 Aktiengesetz (AktG) und dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) aufgestellt.

Darüber hinaus wurden die einschlägigen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) grundsätzlich beachtet.

Konsolidierungskreis

Einbezogene Unternehmen	Kapitalanteil	Eigenkapital 2016	Ergebnis 2016
	%	TEUR	TEUR
VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin	100	38.073	0

Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Neubewertungsmethode. Die Grundlage bilden die Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens VERKA PK in den Konzernabschluss. Im Rahmen der Erstkonsolidierung der VERKA PK ergaben sich keine Unterschiedsbeträge; stille Reserven oder Lasten waren zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung nicht vorhanden.

Erträge und Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert.

Zwischenergebniseliminierungen waren nicht erforderlich. Latente Steuern auf Grund von Konsolidierungsmaßnahmen waren nicht zu bilden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzansätze der Vermögensgegenstände und Schulden konnten aus den Einzelabschlüssen unverändert übernommen werden. Dabei wurden Wertansätze, die auf den für Versicherungsunternehmen anzuwendenden Vorschriften beruhen, beibehalten. Die Anforderungen gemäß § 308 HGB hinsichtlich der einheitlichen Bewertung sind erfüllt.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Beteiligungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Investmentanteilen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 9.602 TEUR nicht vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung wurde bei den Inhaberschuldverschreibungen nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 1.109 TEUR nicht vorgenommen.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich erfolgter Tilgungen bewertet. Erkennbaren Risiken wird durch entsprechende Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Namenschuldverschreibungen werden grundsätzlich in Höhe ihres Nennwertes ausgewiesen und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Beim Kauf von Namensschuldverschreibungen anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre verteilt. Die Bewertung der Zero-Namenschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bewertung von **Einlagen bei Kreditinstituten** erfolgt mit dem Nennwert.

Die **anderen Kapitalanlagen** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, angesetzt.

Die **Forderungen an Versicherungsnehmer, die Abrechnungsforderungen** und die **sonstigen Forderungen** sind mit ihrem Nennwert, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bilanziert. Sofern Abrechnungen noch nicht vorlagen, sind die Abrechnungsforderungen geschätzt.

Die zur **Betriebs- und Geschäftsausstattung** gehörenden Gegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und unter Zugrundelegung individueller Nutzungsdauern linear abgeschrieben worden. Im Berichtsjahr erworbene geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Behandlung abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert bewertet. In den anderen Vermögensgegenständen sind ausschließlich vorgezahlte Rentenleistungen enthalten.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert. Ausgaben, soweit sie Aufwendungen nach dem Bilanzstichtag darstellen, wurden in die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten einbezogen.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des **aktiven latenten Steuerüberhangs** aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Gemäß dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB werden die latenten Steuern saldiert. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte unter Beachtung der §§ 341e bis 341h HGB.

Die **Beitragsüberträge** werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung der jeweiligen Beitragsfälligkeit ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wird gemäß §§ 341f Absatz 1, 252 Absatz 1 HGB einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter impliziter Berücksichtigung der Kosten ermittelt; sie umfasst auch die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungszeiten. Die Verpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen werden bezogen auf das Erlebensfallrisiko mit den Rechnungsgrundlagen der Prämienkalkulation bewertet, sofern diese mit der Rententafel DAV 2004 R durchgeführt wurde. Anderenfalls wird die Bewertung auf der Basis der Rententafel DAV 2004 R-Bestand unter Berücksichtigung der Trendempfehlung der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. für das Jahr 2016 vorgenommen. Das Invaliditätsrisiko wird auf Grundlage der Tafeln der DAV 1997 I, TI, RI

sowie DAV 1998 E, TE und RE bewertet. Die Deckungsrückstellung für seit dem 21. Dezember 2012 begründete Versicherungsverhältnisse wird genau wie die Prämienkalkulation mit einem geschlechtsunabhängigen Ansatz bewertet. Die so ermittelte Deckungsrückstellung ist zum 31. Dezember 2016 nicht kleiner als eine geschlechtsspezifisch ermittelte. Der Rechnungszins beträgt für den ausschließlich bei der VERKA PK vorhandenen Altbestand einheitlich 3,50 %. In den Geschäftsplan wurden analog zur Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) Vorschriften zur Bildung einer Zinszusatzreserve aufgenommen. Der hier beschriebene Referenzzinssatz lag zum 31. Dezember 2016 mit 2,54 % unterhalb des verwendeten Rechnungszinses. Dementsprechend wurde zum 31. Dezember 2016 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 33,5 Mio. EUR gestellt. Im Neubestand wird zur Ermittlung der Deckungsrückstellung je Versicherungsverhältnis der Höchstzinssatz gemäß § 2 DeckRV in der jeweils zur Begründung gültigen Fassung verwendet. Der höchste im Neubestand verwendete Rechnungszinssatz beträgt 3,25 %, so dass hier zum 31. Dezember 2016 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 10,0 Mio. EUR zu bilden war. Sowohl im Alt- als auch im Neubestand wurden bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve gem. § 5 Absatz 4 DeckRV, die für die nächsten bis zu 15 Jahre gebildet wird, Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten zum vereinbarten Altersrentenbeginn berücksichtigt. Die Verwaltungskosten werden als Zuschlag der versicherten Renten angesetzt, wobei die in den Geschäftsunterlagen festgelegten rechnungsmäßigen Sätze berücksichtigt werden.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird einzelvertraglich für die am Bilanzstichtag bekannten, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfälle sowie pauschal für bis zum Abschlussstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle ermittelt und in Höhe des Risikokapitals zuzüglich der bereits fällig gewordenen, aber noch nicht ausgezahlten Leistungen bilanziert. Schadenregulierungsaufwendungen werden pauschal mit 2,0 % der Rückstellung angesetzt.

Aus der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** werden insbesondere Schlussüberschussanteile finanziert. Der Schlussüberschussanteilfonds wird so berechnet, dass für jedes Versicherungsverhältnis zum Bilanzstichtag der zum vertraglich vereinbarten Rentenbeginn vorgesehene Schlussüberschussanteil oder der für jedes Jahr der Rentenbezugsphase vorgesehene anteilige Schlussüberschussanteil nach Maßgabe der aktuellen Deklaration, abgezinst mit einem Diskontsatz von 3,5 %, reserviert wird.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bewertet; als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Rechnungszins in Höhe von 4,01 % und einer durchschnittlichen Fluktuation von 0,6 % verwendet. Zur Bestimmung des Rechnungszinses wurde gemäß § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit der Versorgungsverpflichtungen von 15 Jahren unterstellt. Für die Bewertung wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eine Rentendynamik von jeweils 2,0 % pro Jahr angenommen. Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ist um 499.357 Euro geringer als bei Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 3,24 % (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Absatz 6 HGB).

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen **Rückstellungen für Altersteilzeit** sowie für

Jubiläumsverpflichtungen wurden auf Basis derselben Rechnungsgrundlagen und Bewertungsparameter ermittelt, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde lagen. Abweichend hiervon wurde als Rechnungszins der durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 3,24% verwendet. Für die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen wurden alle bereits abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen berücksichtigt. Zur Sicherung des Anspruchs aus Altersteilzeitvereinbarungen sind Guthaben bei einem Kreditinstitut für die Mitarbeiter verpfändet und gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den korrespondierenden Verpflichtungen verrechnet worden.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern, Abrechnungsverbindlichkeiten** sowie die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Sofern Abrechnungen noch nicht vorlagen, sind die Abrechnungsverbindlichkeiten geschätzt.

In den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen Disagiobeträge auf Namensschuldverschreibungen enthalten, die entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre linear verteilt werden.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B.I. und B.II. im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibungen	Ab- schreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	300	1.025	0	0	73	1.252
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.114	277	0	0	66	1.325
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
2. Beteiligungen	44.303	10.016	1.218	0	0	53.101
3. Summe B.II.	44.303	10.016	1.218	0	0	53.101
Insgesamt	45.717	11.318	1.218	0	139	55.678

Ergänzende Angaben zu den Kapitalanlagen

Das selbstgenutzte Geschäftsgrundstück ist anhand eines auf dem Ertragswertverfahren basierenden Verkehrswertgutachtens bewertet. Die letzte Wertermittlung durch einen sachverständigen Gutachter gemäß § 55 Abs. 3 Satz 1 RechVersV wurde im Jahre 2013 vorgenommen. Der selbstgenutzte Anteil am Buchwert des Geschäftsgrundstücks beträgt zum Bilanzstichtag 1.019 TEUR. Aus der im Berichtsjahr begonnenen Sanierung des Geschäftsgrundstücks resultieren ferner zum Bilanzstichtag unfertige Bauten mit einem Buchwert von 277 TEUR.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen erfolgt mit ihrem Ertragswert. Die Wertminderungen der Beteiligungen am Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, dem SUSI Energy Efficiency Fund (EUR) a compartment of Sustainable Funds (SCA) SICAV SIF sowie dem Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. EUR resultieren jeweils aus den vergleichsweise hohen Anlaufkosten der Investments im Verhältnis zu den noch nicht voll abgerufenen Beteiligungswerten, da die Fees bei derartigen Investments üblicherweise auch bereits während der Investitionsphase auf die vollen Zeichnungsbeträge berechnet werden, die jedoch erst in den kommenden Monaten und Jahren gänzlich abgerufen sein werden. Daher wird davon ausgegangen, dass die Wertminderungen nicht dauerhaft sind, so dass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Börsenkursen bewertet. Diese Kapitalanlagen sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet, Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 0,3 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen auf den

niedrigeren Zeitwert sind in Höhe von insgesamt 9,6 Mio. EUR auf Investmentanteile mit einem Buchwert von insgesamt 167,1 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen weit überwiegend aus der Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen und in einem Fall aus temporären Wechselkursschwankungen und vergleichsweise hohen Anlaufkosten resultieren und voraussichtlich nicht von Dauer waren. Die negativen Bewertungsreserven wurden innerhalb des ersten Quartals 2017 teilweise bereits wieder aufgeholt.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgt mit dem Renditekurs, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 127,8 Mio. EUR sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 0,1 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen auf den Zeitwert sind in Höhe von 1,2 Mio. EUR auf Anleihen mit einem Buchwert von 14,1 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen sowie sonstige Ausleihungen sind mit dem Renditekurs bewertet, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Abschreibungen auf den Renditekurs sind in Höhe von 6,0 Mio. EUR auf Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 157,8 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil	Eigenkapital 2016	Jahresergebnis 2016
	%	TEUR	TEUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X, Findel-Golf, Luxemburg	3,73	241.208	4.002
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII, Findel-Golf, Luxemburg	1,52	394.800	-1.817
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII, Findel-Golf, Luxemburg	1,75	63.030	-2.292
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg	6,45	28.196	2.999
German Access Fund L.P. (GAF), London, Großbritannien	2,20	28.799*	-1.223*
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, Düsseldorf	6,65	24.182	1.940
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR), Munsbach, Luxemburg	5,00	99.205	1.601*
European Solar Power Fund Nr. 1 GmbH & Co. KG, Grünwald	4,35	200.627	11.172
European Sustainable Power Fund Nr. 2 GmbH & Co. KG, Grünwald	3,00	469.324	22.306

*Wert aus 2015

Anteile an Investmentvermögen

Anlageschwerpunkt	Aktien	Wandelanleihen/Renten gemischt	Staatsanleihen Europa	EUR-Unternehmensanleihen
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2016 TEUR	185.447	140.878	199.391	165.933
Marktwert 31.12.2016 TEUR	185.735	145.107	205.989	181.354
Bewertungsreserve 31.12.2016 TEUR	288	4.229	6.598	15.421
Abschreibung / Zuschreibung 2016 TEUR	0	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2016 TEUR	889	2.370	5.151	3.264
Anlageziel und Anlagekonzept	Positive Aktienperformance (50 % MSCI Europe SRI, 50 % MSCI World SRI) bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades in Abhängigkeit von der Volatilität mit langfristigem Optionssicherungs- konzept, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermin- geschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance von mindestens 3,5 % p. a. aus einem gemischten Wertpapierportfolio (ca. 40 % in globalen Wandelanleihen einschließlich synthetischer Wandelanleihen bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Vorgabe einer Wertuntergrenze, jeweils ca. 30 % in globalen Unternehmensanleihen und Emerging-Markets- Unternehmensanleihen), Absicherung von Fremdwährungsrisiken, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0 % p. a. aus einem europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0 % p. a. aus einem europäischen Unternehmensanleihen- portfolio mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteilerückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich

Anlageschwerpunkt	Staatsanleihen Emerging Markets	Timber-Immobilien/ Beteiligungen global	Dach-Hedgefonds
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Luxemburgische SICAF- SIF (Aktiengesellschaft)	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2016 TEUR	116.551	19.021	9.728
Marktwert 31.12.2016 TEUR	108.327	17.967	9.728
Bewertungsreserve 31.12.2016 TEUR	-8.224	-1.054	0
Abschreibung / Zuschreibung 2016 TEUR	0	0	-272
Ertragsausschüttungen 2016 TEUR	4.980	115	0
Anlageziel und Anlagekonzept	Rendite von mindestens 5,0 % p. a. aus einem Emerging-Markets- Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating und Berücksichtigung von ESG-Ratings, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermin- geschäfte	Partizipation an der positiven Wertentwicklung von Immobilien aus dem Waldsektor in Australien, Finnland und Schottland sowie Generierung von Einnahmen aus der Vermietung bzw. Verpachtung der Immobilien; daneben wird die Teilhabe an den Ergebnissen von Bewirtschaftungs- gesellschaften aus dem Wald- und Forstsektor ermöglicht, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Investition in bis zu 15 Ziel- Hedgefonds unterschied- licher Anbieter der Strategien "Equity long/short", "Equity market neutral", "Global Macro", "CTA", "Credit long/short" und "Event driven" mit Limitierung des Equity- Anteils auf 20 % und explizitem Ausschluss von FX-, Rohstoff- und Distressed-Strategien, Risiko-Ertragsprofil durch individuellen Einsatz der Strategien aktiv steuerbar, durch hohe Diversifikation innerhalb des Dachfonds wird eine deutlich geringere Ziel-Volatilität impliziert als bei klassischen Risikokapitalanlagen bei vergleichbarer Zielrendite von ca. 6 % p. a.
Anteilerückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren

Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen der Investmentvermögen sowie aus Personalrückstellungen. Passive latente Steuern ergeben sich nur in sehr geringem Umfang. Der zur Berechnung der latenten Steuern ermittelte Steuersatz beträgt 30 %. Der sich hieraus errechnete aktive Überhang an aktiven latenten Steuern wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB nicht aktiviert. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital (Verlustrücklage) entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2015	20.779
Zuführung aus Jahresüberschuss	311
Stand 31.12.2016	21.090

Sonstige Rückstellungen

Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersteilzeitverpflichtung der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel auf Bankkonten angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (entspricht dem Nennwert); dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Der Buchwert und der Zeitwert des Deckungsvermögens betragen am Bilanzstichtag 61 TEUR.

	TEUR
Altersteilzeitverpflichtungen (Erfüllungsbetrag)	83
Deckungsvermögen	61
Rückstellungen	22

Zinserträge in Höhe von 1 TEUR aus dem Deckungsvermögen wurden mit den korrespondierenden Aufwendungen für die Zuführung zur Bruttorekstellung verrechnet.

Andere Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern sind gutgeschriebene Überschussanteile in Höhe von 14.859 TEUR enthalten; diese entfallen ausschließlich auf besondere Abrechnungsverbände.

Die gutgeschriebenen Überschussanteile wurden im Berichtsjahr mit 2,1 % verzinst.

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als 5 Jahren.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 15 TEUR enthalten.

Erläuterungen zur Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Beiträge für eigene Rechnung

	TEUR
Laufende Beiträge	31.555
Einmalbeiträge	13.280
	44.835

Die Beiträge betreffen ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und entfallen fast ausschließlich auf Pensionsversicherungen im Kollektivgeschäft. Der Anteil der Einzelversicherungen ist von untergeordneter Bedeutung. Die Beiträge betreffen ausschließlich Verträge mit Gewinnbeteiligung und werden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	372
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	66
	438

Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen ist der Aufwand aus der Verzinsung von Pensionsrückstellungen sowie von Rückstellungen für Altersteilzeit und Jubiläumsgeld in Höhe von 111 TEUR (Vj. 564 TEUR) enthalten.

Provisionen und Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personal-Aufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	241	236
2. Löhne und Gehälter	3.793	3.814
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	632	618
4. Aufwendungen für Altersversorgung	151	261
5. Aufwendungen insgesamt	4.817	4.929

Davon wurden 734 TEUR (Vj. 530 TEUR) für erbrachte Dienstleistungen weiterbelastet, so dass im Ergebnis 4.195 TEUR (Vj. 4.287 TEUR) bei dem VERKA Konzern verbleiben.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Folgende Tabelle stellt die zum Bilanzstichtag noch offenen Kapital- bzw. Zeichnungszusagen des Konzerns dar:

	Zeichnungs- volumen	Bis 31.12.2016 erfolgte Kapitalabrufe kumuliert	Investitionsstand per 31.12.2016	Offene Kapitalzusage
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X	10,0	9,0	90	1,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII	10,0	6,0	60	4,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII	5,0	1,1	22	3,9
Aquila Sachwert-Basisfonds I (Wald) S.A., SICAV-SIF	20,0	19,1	95	0,9
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS	10,0	6,3	63	3,7
UII-Fonds Hotel Nr. 1	25,0	12,4	50	12,6
RREEF Global Real Estate Fund	25,0	17,3	69	7,7
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG	5,0	1,6	32	3,4
EB - Renewable Energy Fund Emerging Markets	5,0	1,6	32	3,4
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR)	10,0	4,8	48	5,2
German Access Fund L.P.	5,0	1,8	36	3,2

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen und Wechseln bestehen nicht.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren bei den einbezogenen Unternehmen 64 Mitarbeiter angestellt, davon 16 Teilzeitkräfte.

Angaben zum Vorstand und Aufsichtsrat

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 2.910 TEUR (Vj. 2.834 TEUR) berücksichtigt; die Gesamtbezüge betragen 127 TEUR (Vj. 125 TEUR).

Kredite oder gewährte Vorschüsse an Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates gemäß § 285 Nr. 9 c) HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Der Aufsichtsrat erhielt eine Aufwandsentschädigung von 9 TEUR (Vj. 11 TEUR).

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr sind für Abschlussprüfungsleistungen 169 TEUR (Vj. 223 TEUR) als Aufwendungen erfasst. Außerdem wurden sonstige Leistungen in Höhe von 78 TEUR (Vj. 55 TEUR) und andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 2 TEUR (Vj. 0 TEUR) erbracht.

Berlin, den 8. Juni 2017

Der Vorstand

Ulrich Remmert

Ewald Stephan

Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

		2016
		EUR
1.	Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag)	311.279,43
2.	Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen (netto)	-52.343.812,19
3.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsforderungen	12.702,13
4.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsverbindlichkeiten	-13.582,63
5.	Veränderungen der sonstigen Forderungen	-1.052.914,42
6.	Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	911.747,95
7.	Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	56.107.869,61
8.	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	170.744,51
9.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-190.547,48
10.	Ertragssteueraufwand/-ertrag	-316.664,34
11.	Ertragssteuerzahlungen	-449.479,66
12.	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.147.342,91
13.	Auszahlungen aus Zugängen von Sachanlagen	152.219,15
14.	Auszahlungen aus Zugängen von immateriellen Vermögensgegenständen	1.024.940,73
15.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.177.159,88
16.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00
17.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus Ziffern 12,15 und 16)	1.970.183,03
18.	Finanzmittel am Anfang der Periode	2.178.685,27
19.	Finanzmittel am Ende der Periode ¹⁾	4.148.868,30

1) Die Finanzmittel am Ende der Periode betreffen ausschließlich laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand.

Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2016

	Mutterunternehmen			Konzerneigenkapital
	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	Eigenkapital	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand am 31.12.2015	20.779.199,18	0,00	20.779.199,18	20.779.199,18
Konzernjahresüberschuss	311.279,43	0,00	311.279,43	311.279,43
Stand am 31.12.2016	21.090.478,61	0,00	21.090.478,61	21.090.478,61

Erläuterungen zum Eigenkapitalspiegel

Das erwirtschaftete Konzerneigenkapital umfasst ausschließlich die Verlustrücklage im Sinne des § 193 VAG. Die Verlustrücklage ist grundsätzlich nicht zur Ausschüttung vorgesehen.

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 8. Juni 2017 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von dem VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Berlin, den 8. Juni 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in vier Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Zwischen den Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand durch schriftliche Berichte zur Geschäftslage und zu anderen aktuellen Entwicklungen der Konzernunternehmen informieren. Er hat den Vorstand regelmäßig entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben überwacht, beraten und sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Mutterunternehmen angemessen einbinden lassen. Zur Unterstützung seiner Tätigkeit hat der Aufsichtsrat Ausschüsse eingerichtet. Der Strategieausschuss beschäftigt sich mit Fragestellungen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Im Vermögensanlageausschuss wird über die aktuelle Kapitalanlagepolitik beraten. Dieser Ausschuss tagte zweimal im Berichtsjahr.

Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Geschäfte, die auf Grund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Vorschriften der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten. Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich hinterfragt, im Plenum diskutiert und beurteilt. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Plenums des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs, der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung sowie insbesondere die Zinszusatzreserve und deren Entwicklung in den nächsten Jahren.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht 2016 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kapelle-Ufer 4, 10117 Berlin, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. In der Sitzung am 30. Juni 2017 hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet. Von den Prüfungsergebnissen hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Die Erläuterungen des Vorstandes ergaben keine Einwendungen und der Aufsichtsrat erklärte sich mit den Ausführungen des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016 und dem vorgelegten Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht einverstanden. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand erstatteten Konzernlagebericht und dem Konzernabschluss 2016 intensiv befasst, die Unterlagen eingehend studiert und geprüft. Der Aufsichtsrat billigt den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016.

Berlin, den 30. Juni 2017

Der Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer
Vorsitzender

VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG

Schellendorffstraße 17/19
14199 Berlin

Tel: +49 30 897907-0 | Fax: +49 30 8247213
Mail: info@verka.de | Internet: www.verka.de